

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erste Ausgabe
Abonnementpreis 75 Pfennig
pro Quartal zzgl. Postgebühren.
Bestellungen nehmen an alle Postämter, sowie in Expedition,
Sophienstraße 101, Stuttgart.

Inserate
pro Spaltlänge 20 Pf.,
für Werbungsangehörige 10 Pf.
Privatangelegenheiten ist der Betrag in
Briefmarken beizufügen, andernfalls
der Abdruck unterbleibt.

Nov. 8

Stuttgart, den 23. Februar 1901

17. Jahrgang

Vertragsbruch und Streiks.

Der sogenannte freie Arbeitsvertrag ist eine der vielen Erfindungen der modernen Neuzeit. Ihr blieb es vorbehalten, das Schlagwort von dem angeblich „freien Arbeiter“ zu erfinden, der als vollberechtigter Bürger des Staates an den Rechten und dem Nuzgen der Gesellschaft Anteil nimmt und der nicht mehr das Hörigkeitsverhältnis der altertümlichen Vergangenheit kennt. Ja, das Zeitalter der Antike war grausam offen und kannte keine Verflechtung des tatsächlich Vorhandenen. Der Arbeiter von damals war Sklave, Hörigkeitsmensch, den die Arbeit erniedrigte, die er verrichtete als notwendiges Übel, weil sie nach dem Idealisten Plato die Grundlage für die Existenz eines großen und freien Volkes war, das der Sklaven bedurfte, die die Erde bebauten und für die „Herren“ die Existenzmittel herbeischaffen halfen. Aber auch zur Zeit des christlichen Mittelalters lagen die Dinge nicht viel anders. Die für die Gesellschaft notwendige und unentbehrliche Arbeit verrichtete der Sklave auch weiterhin und nur der Freie herrschte von „Rechtswegen“. Als aber die französische Revolution und die noch größere durch den Aufschwung der Industrie hervorgerufene Umwälzung auf wirtschaftlichem Gebiet eintrat, als die patriarchalischen Formen des Feudalismus für das Industriezeitalter nicht mehr paßten, wurden die alten Bande zerrissen, alle Menschen und damit auch die Arbeiter für „frei“ erklärt, die Worte Sklaverei und Leibeigenschaft ausgemerzt und an ihre Stelle das wohlklingende Wort „freie Arbeit“ gesetzt.

Aber auch die neue Ordnung hat Ueberreste des alten feudalen Zustandes vorgefunden. Die Freiheit der Arbeit war noch lange nicht garantiert. Sie ruht auch heute noch trotz allen gegenseitigen Versicherungen enthusiastischer Lobredner der bürgerlichen Ordnung — im Schoße der Zukunft. Und wo die Arbeit nicht frei ist, kann naturgemäß auch der Arbeitsvertrag nicht frei sein. Was heißt denn ein Vertrag schlechtweg? Sowohl nach dem allgemeinen Sprachgebrauch als auch nach dem bürgerlichen Gesetz handelt es sich um den Abschluß eines Gegenseitigkeitsverhältnisses zwischen zwei Theilen, von denen der eine etwas zu geben, der andere etwas zu halten, zu dulden oder zu gestatten einwilligt. Das Zustandekommen dieses Vertragsverhältnisses muß frei sein von jeder zwingenden oder hemmenden Einwirkung, so daß der bestimmende Wille der vertragsschließenden Parteien rein und unverfälscht zum Ausdruck kommt. Sind nun diese Voraussetzungen in der gegenwärtigen Gesellschaft vorhanden? Bei dem Umstand, als die soziale Lage, in der die Menschen leben, ihre Handlungen bestimmt, muß diese Frage von vornherein verneint werden. Der wirtschaftliche Druck, der auf Jedem lastet, und der insbesondere den wirtschaftlich Schwachen doppelt fühlbar wird, bestimmt in allen Fällen die Willensäußerungen des einzelnen Individuums, das sozusagen alle seine Handlungen unter dem Zwange der Nothwendigkeit vollführt. Bei dem Arbeiter wirken naturgemäß die sozialen Ursachen um so

stärker. Er geht in der Regel dann selbst in das für ihn ungünstigste Vertragsverhältnis ein, wenn er im Bewußtsein handelt, das Erreichen einer Arbeitsgelegenheit als günstigen Zufall prüfen zu müssen, der ihn von der ungewissen Zukunft einer völligen Arbeitslosigkeit bewahrt. Er handelt also unter solchen Umständen auf jeden Fall unter einem gewissen unüberstehtlichen Zwange, der das Zustandekommen eines freien Arbeitsvertrags vollkommen ausschließt.

Aber nichtdestoweniger ist dieser freie „Arbeitsvertrag“ heilig auf Grund des bürgerlichen Rechtes und der geltenden landläufigen Moral. Er kann allerdings gelöst werden, denn dafür leben wir im „modernen Rechtsstaat“, aber eben weil wir im modernen Rechtsstaat leben, deshalb darf der „freie Arbeitsvertrag“ auch nicht ohne die Erfüllung gewisser vereinbarter Formalitäten gebrochen werden. In der letztangedeuteten Richtung ist es bekanntlich eine landläufige Vorstellung, daß die von den Gewerkschaften entwickelte Agitation dazu führe, die Disziplin, die die im Vertragsverhältnis stehende Arbeiterschaft dem Unternehmer gegenüber einzuhalten hat, zu lockern, was deutlich gelegentlich von Streiks zum Ausbruch gekommen, die in der Regel einen Vertragsbruch in sich schließen. Das ist nun freilich eine Behauptung, die ebenso sehr der Prüfung auf ihre Stichhaltigkeit hin verdient, wie die gegen die gewerkschaftliche Organisation erhobenen Einwände überhaupt. Die von dem statistischen Reichsamte mit dem Jahre 1899 begründete amtliche Streikstatistik kann nun allerdings als ein solcher Prüfstein nicht angesehen werden, wie aus nachfolgenden kurzen Auseinandersetzungen klar hervorgeht.

Nach den amtlichen Erhebungen wurden im genannten Jahre unter 98 304 ermittelten Streikenden 27 610 Vertragsbrüche gezählt. Obwohl diese Zahl als immerhin minimal bezeichnet werden müßte, entspricht sie keineswegs den Thatfachen. Das statistische Reichsamte stützt sich mit seinem Material bekanntlich auf die Angaben der Polizeibehörden und das allein erklärt eigentlich schon alles. Wenn man nämlich weiß, wie die Polizei in manchen Orten in einem Streik schon das „Staatsverbrechen“ sieht, hinter dem die Hydra der Revolution lauert, dann können einem die Resultate der polizeilich-sozialpolitischen Erhebungen in den seltensten Fällen befriedigen, und so kommt es, daß eine Reihe von Fällen als Vertragsbruch verzeichnet werden, die es weder sind, noch durch ein ordentliches Gerichtsverfahren als solches bezeichnet wurden. Aus diesem Anlaß hatte auch nach der Zeit der genannten amtlichen Erhebungen die Redaktion des „Arbeitsmarkt“ die gewiß dankenswerthe Aufgabe übernommen, durch eine Privatenuete die amtlichen Angaben auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen. Obwohl sich auch diese Umfrage nur auf Stichproben stützt, ist sie nicht ganz werthlos. Sie hat vor Allem das Resultat gezeigt, daß die Zahl der durch die gewerkschaftlichen Aktionen begangenen Vertragsbrüche weit geringer ist, als wie sie die polizeiliche Statistik verzeichnet. „Der Arbeitsmarkt“ vom 1. Oktober vorigen Jahres sagt über dieses Ergebnis:

„Im Ganzen stellen die uns vorliegenden Antworten eine Stichprobe von 128 Fällen dar. In 30 Fällen wird von Arbeiterseite der Vertragsbruch bestritten oder doch bedeutend reduziert; gegen 3689 Vertragsbrüche der amtlichen Statistik werden hier nur 699 zugegeben. In 42 Fällen mit 4919 stimmen die Angaben mit der amtlichen Statistik überein. In 6 Fällen geben die Arbeiterorganisationen mehr Vertragsbrüche an, als die amtliche Statistik; diese 248, jene 342. In sämtlichen 128 Fällen zusammengekommen stehen den 8851 Vertragsbrüchen der amtlichen Statistik 5960 nach Angaben der Arbeiterorganisationen gegenüber. Man könnte demnach sagen, daß von den Vertragsbrüchen der amtlichen Statistik noch nicht zwei Drittel von beiden Seiten anerkannt und mehr als ein Drittel freitig ist.“

Gesetzt aber selbst den Fall, man hätte es bei Lohnkämpfen in der Mehrzahl aller vorkommenden Fälle mit Vertragsbrüchen zu thun, was würde das gegen die Streiks beweisen? Daß man es mit Verstoßen gegen die geltende Rechtsauffassung und gegen das bürgerliche Recht überhaupt zu thun hat. Nun ist aber jeder Lohnkampf ein Stück Klassenkrieg, und im Kriege entscheidet nicht das formale Recht; hier ist das Motiv der ausschlaggebende Moment, aus dem sich die Berechtigung oder die Verwerflichkeit der unternommenen Schritte bezuziren läßt. Bei gewerkschaftlichen Kämpfen handelt es sich um eine selbst von bürgerlichen Gelehrten anerkannte Kulturaufgabe, um das Emporstreben und Müdigwerden der Arbeiterklasse, die sich aus niederen Lebensbedingungen zu einem höheren Kulturstandpunkt zu erheben bemüht. Bei diesem Streben ist es nun unvermeidlich, daß die einzelnen vertragschließenden Theile immer mehr dem Willen der Gesamtheit, der sie angehören, sich unterordnen, und daß sonach an Stelle des Einzel-Arbeitsvertrags immer mehr der Kollektiv-Arbeitsvertrag tritt. Das ist, wo sich die Interessen der Unternehmer- und Arbeiterkoalitionen gegenüberstehen, eine Erscheinung, die man begreift und der man schon im Interesse eines sozialen Friedens die Berechtigung nicht versagen darf. Wo das kollektive Empfinden das Einzelinteresse immer mehr verdrängt, dort ist die Festsetzung der Arbeitsbedingungen von und für die Gesamtheit einfach unumgänglich. Der Kollektiv-Arbeitsvertrag ist das notwendige Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, die zur Zusammenfassung aller Kräfte drängt, die höhere Form des Arbeitsvertrags überhaupt, er wird neben vielen anderen auch das Ziel der gewerkschaftlichen Bewegung bilden müssen. Fr. L.

Die Brotvertheuerung und die Arbeiterfamilien.

Gegenwärtig tobt im Reiche ein furchtbarer Kampf; auf der einen Seite steht die gesammte organisirte Industriearbeiterschaft Deutschlands, auf der anderen Seite die hochmögenden Herren von Ar und Halm: das agrarische Ausbeutertum, welches sich auch einen Theil der industriellen Unternehmer dienstbar gemacht

hat. Der Kampf, der geführt wird, dreht sich um die Vertheuerung unseres täglichen Brotes. Das Agrarierthum, wirtschaftlich bankrott und deshalb tollkühn, holt zu einem letzten Schläge aus: beim Abschluß der neuen Handelsverträge im Jahre 1903, die noch in diesem Jahre fertiggestellt werden, beabsichtigt es, den Getreidezoll ins Ungeheuerliche hinaufzutreiben.

Es wäre eine Thorheit, diese Frage als eine politische außerhalb des Bereichs unserer Erörterungen zu schieben. Sie ist im Gegenteil eine eminent wirtschaftliche, gewerkschaftliche. Hohe Getreidezölle bedeuten hohe Getreidepreise, hohe Brotpreise; theures Brot aber bedeutet Verschlechterung der Lebenshaltung des Haupt-Brotkonsumenten, der Arbeiterklasse. Vertheuerung unserer Lebenshaltung aber zwingt unsere Organisationen in aufreibende Lohnkämpfe hinein, die um so kostspieliger für die Gewerkschaften sind, als wir gegenwärtig am Beginn einer Krise stehen, die, so scheint es, Elend und Arbeitslosigkeit in noch nie dagewesenem Maße über die deutschen Arbeiter bringen wird. Deshalb ist die Frage des Getreidepreises eine wirtschaftliche und gewerkschaftliche Frage; die organisierte Arbeiterschaft hat sich gegen die Vertheuerung des täglichen Brotes zu wehren mit allen Mitteln, die ihr zur Verfügung stehen.

Die Agrarier haben nicht bloß einen Theil der Ausbeute, sondern auch die Regierung auf ihrer Seite. Fraglich ist bloß die Höhe des Zolles, feststehend aber ist, daß mindestens eine Verdoppelung desselben eintreten wird. Heute bereits wird uns das Brot durch einen Getreidezoll von 3,50 Mk. pro Doppelzentner vertheuert; in Zukunft wird ein Getreidezoll für Weizen von 6,50 Mk. als Minimum erstrebt. Und die Reichsregierung ist bereit, darauf einzugehen.

Das heute jagende Junkerthum will, kurz gesagt, daß der Weizen nicht unter 202,50 Mk. pro Tonne, der Roggen nicht unter 162,50 Mk. pro Tonne in Deutschland sinke. Erst da bleibe „ein bescheidener Gewinn“. So erklärte der Oberjunker Graf Schwerin-Löwit in preussischen Landesökonomiekollegium als „Meinung der Landwirthe“. Dieser Getreidepreis aber bedeutet eine ungeheuerliche Hinausschraubung des deutschen Getreidepreises über den Weltmarktpreis des Getreides! Während alle Industriearbeiter der Welt ihr Brotgetreide, mit geringen Schwankungen, zu dem in London notirten Weltmarktpreis erhalten, müssen wir deutsche Arbeiter — um die geistig rückständige und wirtschaftlich reaktionäre ostelbische Junkerklasse zu erhalten! — schon jetzt das Getreide über den Weltmarktpreis bezahlen und sollen uns in der Zukunft einen unerhörten wucherischen Aufschlag gefallen lassen.

Wie dadurch die Lage der Arbeiterklasse verelendet wird, werden wir sofort an unangreifbarem Material nachweisen.

Zunächst wird die Arbeiterfamilie beim Broteinkauf

ohnehin betrogen. In einem Laib Brot stecken vielerlei Einzelkosten. Vom Getreidepreis begonnen, über den Gewinn des Großmüllers und Großhändlers hinweg, durch die Hände der vielen Zwischenhändler bis zum kleinen Bäcker, macht unser Weiß und Brot eine fortgesetzte Vertheuerung durch, die steigt und fällt, je nach dem Steigen oder fallenden Getreidepreis. Diese Vertheuerung wird der Arbeiterfamilie verborgen durch Gewichtsverringerungen bei gleichbleibendem Preise des Brotes, oder durch veränderte Mischung von Roggen und Weizen. Eine brauchbare Statistik hat hierzu der Statistiker Hirschberg in Conrads „Jahrbüchern“ 1899 geliefert. Es betrug:

Jahr	der Roggenpreis pro 100 kg	der Roggen- brotpreis pro 1 kg	das Gewicht des 50 Pf.-Brottes
1887	12,09 Mk.	20,65 Pf.	2,42 kg
1891	21,12	31,66	1,58
1894	11,77	20,43	2,45
1898	14,63	25,15	1,99

Jede Vertheuerung des Getreidepreises vertheuert das Brot und verringert das Gewicht! So wird kann die Arbeiterbevölkerung gezwungen, da sie das vertheuerte und verringerte Brot nicht kaufen kann, Kartoffeln zu essen. Die wenig Nährstoff enthaltende Kartoffel wird zum Hauptnahrungsmittel der Arbeiterfamilien und schafft Krankheit und degenerierte Jugend. Dabei wird sicher auch eine Vertheuerung der Kartoffeln eintreten, sofern die Nachfrage stärker wird, und die Folge ist also, daß die Bevölkerung, um ihr Elend zu vergessen, dem Alkohol in vermehrtem Maße zuspricht. Ein bürgerlicher Sozialpolitiker, Alfred Grotjahn, schreibt in seinem Buche über: „Alkoholismus, nach Wesen, Wirkung und Verbreitung“:

„Bei sinkender Volksernährung stellen sich Branntwein und Kaffee als regelmäßige Begleiter der Mahlzeiten ein. Der Schnaps wirkt hier um so bedauerlicher, als er ja in unterernährten Organismen seine Wirksamkeit entfaltet und schlecht genährte Trinker ungleich schneller trunksüchtig werden als Personen, welche sich zugleich kräftig ernähren.“

Und der Geheime Sanitätsrath Dr. Baer fügt dem hinzu:

„Die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung mit guten und billigen Lebensmitteln ist eine dankenswerthe Aufgabe, die die Gesellschaft noch zu lösen hat. Durch sie würde die physische Gesundheit, die Arbeitsfähigkeit und die Lebensdauer der arbeitenden Klassen gesteigert und ein großer Theil der Trunksucht beseitigt, die aus Mangel an geeigneten Nahrungsmitteln entsteht.“

Was schert sich das heute hungrige Junkerthum an die Einwürde der Wissenschaft! Dieses hochmögende Herrenthum wettet zwar über die „Trunksucht der Massen“ und läßt fromme Traktätschen gegen den „Schnapssteufler“ vertheilen, aber es macht sich kein Gewissen daraus, im Interesse seines Geldbeutels, durch

Erhöhung der Zölle Hunderttausende in ein Elend und eine Verwerflichkeit zu treiben, in welcher der Masse der Schnaps als der einzige Tröster erscheinen muß. Auch die Tuberkulose wird in den Reihen eines derart im Klasseninteresse der agrarischen Ausbeuteer degenerierten Volkes ihre reiche Ernte halten. Besser wie lange Ausführungen zeigt dies ein Sachverständigenurtheil, dasjenige des ärztlichen Statistikers der Gothaer Lebensversicherungsbank Dr. Sommer, in Nr. 41 der Zeitschrift „Nation“. Er sagt:

„Von sämmtlichen Faktoren, die bei der Prophylaxe gegen die Lungenschwind sucht als Volksfeinde in Betracht kommen, ist die Versorgung der wenig bemittelten und armen Volksmassen mit reichlichen, kräftigen und dabei billigen Ernährungs mitteln bei weitem das Wichtigste. Und die Frage, wie sich eine solche Versorgung ermöglichen läßt, ist die dringendste Aufgabe, mit deren Lösung sich Alle beschäftigen sollten, denen eine Hebung des Volkswohls durch Minderung der Tuberkulose am Herzen liegt.“

Man kann dennach sagen, daß das Streben des agrarischen Ausbeuterthums nach Erhöhung der Getreidezölle ein Verbrechen am Volke ist, welches, vollendet, sich niemals wieder gut machen lassen.

Aus den Zeiten der großen englischen Arbeiterkämpfe, die uns Engels in seinem Werke: „Zur Lage der arbeitenden Klassen in England“ schildert, wissen wir, wie mit der Steigerung der Lebensmittelpreise auch die Zahl der Verbrechen und Vergehen sich gesteigert hat. Gerade jene entsetzlichen Erfahrungen, die man in England im ersten Drittel des 19. Jahrhunderts gemacht hat, haben die englische Gesetzgebung veranlaßt, nicht bloß die heute gültigen Fabrikgesetze zu schaffen, sondern auch die Wege zu ebnen für jene Wirtschaftspolitik, die England unter allen Umständen billige Lebensmittel sichert. Auch bei uns steigt und fällt die Zahl der Vergehen und Verbrechen mit dem Steigen und Fallen des Brotpreises. Jede Brotpreissteigerung schafft mehr Diebe und füllt die Gefängnisse! In nachfolgender Tabelle stellen wir die in verschiedenen Jahren in Berlin notirten Roggenpreise mit der Zahl der wegen Diebstahls Verurtheilten nebeneinander. Sie beweist alles, was wir oben gesagt haben.

Jahr	1000 Rlogr. Roggen in Berlin	Wegen Diebstahls verurtheilt in Berlin
1882	152,3 Mk.	103 050
1888	134,6	84 377
1890	170,0	92 725
1892	176,8	109 195
1894	117,8	95 459
1898	146,3	97 201

Was sagt diese Statistik? Die Habgier der Klassenherrschaft schafft selbst Diebe und Verbrechen, deren Vorhandensein sie hernach der „Enstüllicdung“ des Volkes zuschiebt.

„Arbeitendes Volk, wehr' dich! Verreis steigt die Krise herauf. Wir haben zu kämpfen und zu arbeiten,

Der Mehner-Michel.

Eine Profanlegende aus Tyrol.

Nacherzählt von Otto Julius Bierbaum.

(Schluß.)

Michel war mit den fünfhundert Gulden diesmal schneller fertig als vorher mit den dreihundert. Er hatte sich's eigentlich so gedacht, daß sie bis zu dem Termin der Rückzahlung reichen sollten, aber die Lade war schon leer, als Hochwürden es eben erst an der Zeit hielt, mit Mahnen zu beginnen. „Jesse, der Pfaff fangt schon an!“ dachte sich Michel und überlegte, wie diesen lästigen Besuch der Geislichkeit am besten zu begegnen sei. Er sann nicht lange, da hatte er's auch schon. Und er enthielt seinen Plan seiner Frau Moisia. Der aber war so: Er, Michel, lege sich jetzt ins Bett und sei tot! Moisia erschrak, Michel lächelte. Mit recht tot. Bloss für Hochwürden. Also: Er, Michel, sei von einem Baum erschlagen und tot. Sie, Moisia, solle schleunigst Weihwasserbedcken und Kerzen richten und Hochwürden rufen. Verstehst dich: mit Geplär! Dann aber, wenn Hochwürden gekommen sei, solle sie ihm bloß immer sagen: „Wenn i lei“ das Pfeiferl fänd, das Pfeiferl fänd!“ Was für ein Pfeiferl? würde Hochwürden fragen. Und nun solle sie ihm erzählen, daß das eine Pfeife sei, die Michel von einer alten weisen Frau bekommen hätte, und mit der man Töbte ins Leben zurückrufen könnte. Diese Pfeife nun, ein ganz gewöhnliches Ding, wie man sie beim Kramer für einen Kreuzer krieg, steckte er sich ins Bett, daß es recht so aussähe, als wäre sie ihm gar kostbar. Dort

solle sie Moisia schließlich finden, und was dann geschähe, werde sie schon sehen.

Moisia that, wie ihr gesagt, denn sie war eine christliche Hausfrau, die wohl wußte, was Hochwürden den Weibern predigte: Er soll euer Herr sein, euer Mann! Und sie plärte den Pfarrer so erschrecklich an, daß er in seinen Knechtsfuß zurückfiel. Als er aber zu sich kam, rief er los: „Jetzt isch mei Geld au hin! Hin isch! Hin isch!“ Nun fing aber Moisia vom Pfeiferl an. Und suchte und suchte und erzählte dabei, was nöthig war. Hochwürden fand die Sache zwar hebenklich, ja unchristlich gar — aber: wenn das Pfeiferl wirklich . . . ? Die fünfhundert Gulden bloß so mit einem Pfiff wieder lebendig zu machen! „Sucht's Pfeiferl! Sucht's Pfeiferl!“ Endlich fand's Moisia im Bette. „Gebt's her, 's Pfeiferl!“ Und Hochwürden pfiß. Jesus, Maria und Joseph! Der Michel reißt die Augen auf! „Michel, wie schaut's im Jenseits aus?“ „Schredli, Hochwürden, schredli!“ „Was siehst denn?“ „Schredli, Hochwürden, die geistlichen Herrn brat'n allesammt in an Schmalzriegel.“ „Warum braten's denn?“ „Weils Binsen g'nomme ha'n und alles glei einsobern. Hui, sie brüllen wie Dösen!“ „Jä verlaß Dir d' Binsen. Brauchschst lei' das Kapital z' geb'n und erst im Spätjahr!“ „Ja so! Weck mir no voll auf!“ Und Hochwürden pfiß wie die Weinwächter Nachts in den Weingärten. Da sprang auch Michel wirklich gesund aus dem Bette, und Alle waren recht froh.

Hochwürden aber mußte oft an die Pfeife denken. Seine alte Häuserin behandelte ihn gerade um diese Zeit besonders schlecht. Was sie ihm Mittags vorsetzte,

war schon gekochte Rasteiung. Und dazu ein ewiges Geseß, gerade als wenn sie verheiratet wären.

Und Hochwürden litt so sehr, daß er auf einen recht bösen Gedanken kam. Er dachte sich: Fortschicken kann ich die Alte aus allerlei Gründen nicht, aber los sein möchte ich sie schon. Wie wär's, wenn ich sie bei Seite brächte? Es wäre jedenfalls zu versuchen, ob ich nicht besser bekomme, wenn ich mir selber toche. Hab' ich Michels Pfeiferl, so kann ich sie ja veruchsweise tocht-schlagen. Stellt sich's dann heraus, daß ich noch schlechter toche, pfeif ich sie wieder lebenbig. Und so tief hatte sich diese unchristliche Idee in ihn eingefressen, daß er Michel die Pfeife für tausend Gulden abkaufte.

Eine steinharte Polenta brach der alten Pfarr-Theresen Hals. Hochwürden warf sie ihr an den Kopf und sie war tot.

Nun konnte Hochwürden selber tochen. Er nahm dreimal so viel Butter und sparte nicht im Hühnerhof, aber er mußte sich doch sagen, daß vergleichsweise die Alte eine Künstlerin am Herde gewesen war. So zog er sie aus der Waschküche heraus, in die er sie gesteckt hatte, und gedachte mit einem Gefühl von Wehmuth, sie wieder lebendig zu pfeifen. Aber die alte Theres blieb, so schlüchtern Hochwürden trillerte, so tot wie ein Glotenschwengel.

Da erfasste Jörn und Entsetzen den Pfarrer. Er rannte ins Mehnerhaus und schrie: „Erst hast Du mich zum Würber gemacht, faktischer Tuisel, nun sollst Du wenigstens vor mir zur Hölle fahren!“ Sprach's, nahm einen Sack, steckte Michel hinein und ging, den Sack auf dem Buckel, hinaus, dem Flusse zu. Aber, wie er mitten auf dem Wege war, spürte er, woßl durch die Anstrengung des Tragens, das Bedürfniß, sich einer

um unseren Familien Knapp das zu erringen, dessen sie zum Leben bedürfen. Werden nun die deutschen Arbeiter noch belastet mit hohen Getreidepreisen bei sinkendem Verdienst und verringertem Arbeitslohn, so droht den Arbeiterfamilien der Ruin! Dann wird die Ziffer der Auswanderung wieder ins Riesengroße anschwellen. Bereits machen sich Anzeichen geltend, daß unsere Exportindustrie den Weltmarkt verliert. Ein richtiges Wort, welches seiner Zeit der Reichskanzler Caprivi aussprach, lautet: „Wir müssen entweder Waaren oder Menschen exportieren!“ Siegt in Deutschland die Junkerhabgier, dann wehe der Zukunft unseres Volkes!

Die Frage des Preises der Lebensmittel ist eine wirtschaftliche, eine gewerkschaftliche Frage. Die Höhe des Lebensmittelpreises bestimmt darüber, ob der Arbeiter kampffähig bleibt in dem Ringen um die günstigste Art des Verkaufs seiner Arbeitskraft. Hohe Lebensmittelpreise lassen nichts mehr übrig für die gewerkschaftliche Organisation und den Klassenkampf, die Vorbereitung für eine dauernde Besserung der Lage der Arbeiter. Und deshalb sagen wir: Kampf gegen die arbeiterfeindlichen Brotwucherer im Interesse des organisierten Proletariats und der Proletarierfamilien! X. Y. Z.

Rechenschaftsbericht der Generalkommission

vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900.

Bisher ist seitens der Generalkommission, abgesehen von kurzen Berichten, welche dem Gewerkschaftsausschuß regelmäßig erstattet wurden, nur für den Gewerkschaftskongreß ein Bericht gegeben worden. Nunmehr hat die Kommission unter Zustimmung des Gewerkschaftsausschusses beschlossen, alljährlich einen kurzen Bericht und die Abrechnung an dieser Stelle zu veröffentlichen.

Der diesmalige Bericht erstreckt sich auf die Zeit von 1 1/2 Jahren. Er wird, wie auch die späteren Berichte, nur in kurzen Zügen eine Uebersicht über die wichtigsten Vorkommnisse, an welchen die Generalkommission beteiligt war, sowie die hauptsächlichsten Beschlüsse und getroffenen Maßnahmen schildern.

Von dem letzten Gewerkschaftskongreß ist zwar beschlossen, daß von der Generalkommission ein Jahresbericht herausgegeben werden soll, „welcher als Handbuch für alle wichtigen Vorkommnisse im Gewerkschaftsleben von den Gewerkschaftsbeamten, Redakteuren, Rednern, wie von allen Mitgliedern und sonstigen Interessenten benutzt werden kann“. Die Herausgabe eines solchen Berichts soll aber nur erfolgen, wenn der Generalkommission Mittel und Kräfte zur Verfügung stehen. Sie muß unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch hinausgeschoben werden und müssen wir uns vorläufig damit begnügen, in einem kurzen Jahresbericht die wichtigsten Mitteilungen über die Tätigkeit der Generalkommission zu machen.

drückenden Last zu entledigen, aber nicht der auf dem Rücken. Wäre er ein grober Bauer gewesen, so hätte er nicht viel Umstände gemacht und was zu thun war, gleich am Wege getan. So, als ein Hochwürden, begab er sich zu diesem Zwecke abseits, tief ins Gefäube, legte aber den Sack auf dem Wege nieder.

Nun kam aber, während Hochwürden ferne im Gefäube saß, ein wälscher Schweinereiber des Weges. Der sah, wie dort im Sack sich was hin und her wand. „Ist was in Sack?“ fragte er. „Jo, ich bin's, der Metzger-Michel!“ „Was tust du da?“ „Ich laß mich in' Himmel 'nein trag'n vom Pfarrer.“ „In Himmel 'nein?“ „Ja, in Himmel 'nein. Aber i mag net.“ „Warum denn net?“ „Weil i noch jung bin und a Erbschaft gemacht hab. Sonst wecht' i schon, denn im Himmel ischs herli scheen!“ Nun aber war der wälsche Schweinereiber ein armer alter Mann, der keine Erbschaft gemacht und auch keine in Aussicht hatte. So sagte er: „Per dio! Geh, laß mi' statt Deiner in den Sack eini schliefen. I lasset mi' recht gern in' Himmel 'nein tragen.“ „Geh schon gut! Mach! Gil Di! Knipfel den Strick auf! Schlief eini!“ Der wälsche Schweinereiber that's. Michel sprang heraus, lachte ins Gefäube und trieb die Schweine, drei große und sieben Ferkel, nach dem Hause zu. Der Pfarrer aber, leicht und froh, nahm den Sack, trug ihn zum Flusse, warf ihn hinein und rief: „So, rinn in b' Hell'n, du satrischer Kufel!“

Dann ging er, ein Maul voll Wein im Kößl nehmen, und dann heim.

Da saß Michel zwischen seinen Schweinen im Hof und sang sich ein lustiges Lied.

Allgemeines.

Auf dem letzten Gewerkschaftskongreß konnte berichtet werden, daß die Mitgliederzahl der Gewerkschaften von 277 659 im Jahre 1891 auf 491 955 im Jahre 1898 gestiegen ist. Auch während der seit dem letzten Gewerkschaftskongreß verstrichenen Zeit ist eine weitere Steigerung der Mitgliederzahl zu verzeichnen. Nach der von der Generalkommission für 1899 aufgenommenen Statistik hatten die gewerkschaftlichen Zentralverbände 580 473 Mitglieder (darunter 19 280 weibliche). Das ist gegenüber dem Vorjahre eine Zunahme von 89 100 Mitgliedern. Soweit sich zur Zeit eine Uebersicht gewinnen läßt, ist zu konstatieren, daß auch im Jahre 1900 die Zunahme an Mitgliedern angehalten hat, obgleich in einzelnen Gewerben sich eine Verminderung der Arbeitslohngelegenheit zeigte, welche, wie die Erfahrung lehrt, mit einem Rückgang in der Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter verbunden zu sein pflegt. Unter der vorausichtlich eintretenden ungünstigen Wirtschaftsjunktur wird es sich erweisen, ob die Gewerkschaften innere Festigkeit genug erlangt haben, um die Mitglieder bei der Organisation zu erhalten. Sicherlich werden sie den Rückgang, wie er sich in den Jahren 1891 bis 1893 zeigte, nicht wieder zu erleiden haben. Jedoch wird es notwendig sein, durch eifrige Agitation vorzubeugen, daß ein allzu großer Verlust an Mitgliedern eintritt.

Diese Agitation gestaltete sich bei dem Zusammenhalt, welcher unter den gewerkschaftlichen Zentralverbänden besteht, wesentlich leichter als vor einem Jahrzehnt. Wir glauben nicht fehl zu gehen, wenn wir die bedeutenden Fortschritte der Gewerkschaftsbewegung zum nicht geringen Theile auf dieses gemeinsame Wirken und Hand-in-Handarbeiten der Gewerkschaften zurückführen.

Am 16. November 1900 waren zehn Jahre verflossen, seitdem die Gewerkschaften sich durch Einsetzung der Generalkommission eine gemeinsame Zentralstelle geschaffen haben. Anfangs waren nur wenige Organisationen der Kommission angeschlossen, resp. leisteten für diese regelmäßige Beiträge. Von Jahr zu Jahr nahm diese Beitragsleistung zu. Es ergibt sich aus dieser Steigerung der Beiträge aber nicht nur die Thatsache, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände sich in größerer Zahl der Generalkommission angeschlossen haben, sondern es wird dadurch auch bewiesen, daß die Beitragsleistung in den Gewerkschaften selbst eine regelmäßiger geworden ist. Die an die Generalkommission zu leistenden Quartalsbeiträge (von 1892 bis 1896 5 Pf., von da ab 3 Pf. pro Quartal und Mitglieds) werden nicht nach der Zahl der Listenmitglieder, sondern nach der Summe der thatsächlich in den einzelnen Verbänden geleisteten Beiträge berechnet. Die Mehrleistung an Quartalsbeiträgen ist also der Nachweis für eine Stärkung der Finanzkraft der einzelnen Gewerkschaften. Wie bedeutend sich die Beitragsleistung gesteigert hat, zeigen die folgenden Zahlen. Von 1890 bis 1892 hatte

die Generalkommission pro Halbjahr eine Einnahme an Quartalsbeiträgen von 2160 Mk., von 1892 bis 1896 pro Halbjahr 11 586 Mk., von 1896 bis 1899 pro Halbjahr 19 278 Mk., im ersten Halbjahre 1900 25 277 Mk., im zweiten Halbjahre 1900 35 767 Mk. Durch diese Mehreinnahme ist nicht nur die Generalkommission in die Lage versetzt, mehr im Interesse der allgemeinen Gewerkschaftsbewegung zu thun, sondern es ergibt sich auch aus derselben, daß die gewerkschaftlichen Zentralverbände in inniger Gemeinschaft alle gemeinsamen Angelegenheiten zu erledigen bestrebt sind. Heute sind alle auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehenden Verbände der Generalkommission angeschlossen und zahlen regelmäßig ihre Beiträge.

Dieser Einnüchtheit ist es auch zu danken, daß die Agitation gegen das Zuchtgesetz so erfolgreich betrieben werden konnte, wie gesehen. Die Vorbereitungen für die Agitation gegen das Gesetz waren getroffen, als dieses am 6. Juni 1899 dem Reichstag vorgelegt wurde.

Es waren 60 Agitationsbegitte vorgesehen, zu welchen 3252 Orte mit über 2000 Einwohnern gehörten. In 973 dieser Orte waren Verbindungsadressen für die Flugblattverbreitung vorhanden. In den Vororten, in welchen die Einrichtungen für Drucklegung des herauszugehenden Flugblattes vorhanden waren, wurden die Flugblätter auf von Hamburg versandten Platten gedruckt. Es wurden auf diese Weise in 33 Vororten 2 755 000 Flugblätter hergestellt. Von Hamburg aus wurden nach 26 Vororten und 15 einzelnen Orten 663 700 Flugblätter versandt, so daß insgesammt circa 3 500 000 Flugblätter zur Verbreitung gelangten.

In allen Orten, in welchen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter vorhanden waren, fanden Protestversammlungen statt. In Folge dieser Bewegung bereitete der Reichstag, wenn auch erst am 20. November 1899, dem Zuchtgesetz ein klägliches Ende. Kurz vorher war den Reichstagsabgeordneten noch seitens der Generalkommission eine Denkschrift über die Streiks und Streikvergehen übermittelte worden.

Genau, die Agitation erforderte eine bedeutende Ausgabe. Es wurden seitens der Generalkommission 23 279 Mk. aufgewandt. Rechnen wir dazu die 5996 Mk. für die gleichfalls dieser Agitation dienende Schrift: „Das Koalitionsrecht in Theorie und Praxis“, sowie die Ausgaben für lokale Agitation, so ergibt sich, daß der Protest gegen die Zuchtgesetzvorlage den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mindestens 30 000 Mk. gekostet hat. Die Arbeiter sind opferfreudiger als die Unternehmer, in deren Interesse das Gesetz geschaffen werden sollte. Nur unwillig gab der Zentralverband deutscher Industrieller dem Grafen v. Posadowsky 12 000 Mk. zur Agitation für das Gesetz. Aber diese Opferfreudigkeit hat nicht nur dazu beigetragen, den von der Regierung geführten Schlag gegen die Arbeiterorganisationen abzuwehren, sondern es ist die Organisation selbst dadurch gestärkt, wie die Mitgliederzunahme und Erhöhung der Finanzkraft der Gewerkschaften im Jahre 1899 zeigt. Die Arbeiter werden daraus erkennen, daß geschlossenes Handeln auch gegenüber dem mächtigsten Gegner Erfolg bringt.

Kassenbericht.

Den Bericht über die Einnahmen und Ausgaben der Generalkommission geben wir nicht in einer Zusammenstellung für die Zeit vom 1. April 1899 bis zum 31. Dezember 1900, sondern in drei getrennten Abrechnungen. Es geschieht dies deshalb, weil diese Abrechnungen besonders revidirt und dem Gewerkschaftsausschuß zur Prüfung vorgelegt sind.

Die einzelnen Ausgabenposten sind so spezialisiert, daß eine nähere Erläuterung derselben entbehrlich erscheint.

Agitation.

Die Agitationskommissionen in Ost- und Westpreußen, sowie in Oberschlesien, haben in der bisherigen Weise ihre Tätigkeit fortgesetzt und sind finanziell, wie sich aus der Abrechnung ergibt, wie auch sonst in jeder Beziehung seitens der Generalkommission unterstützt worden. Der Erfolg kann unter den fortdauernden Schwierigkeiten, welche der Agitation entgegenstehen, kein bedeutender sein. Jedenfalls steht er nicht im Verhältniß zu den angewandten Mitteln und Kräften. Treiben darf nicht etwa weniger als bisher, sondern es muß noch mehr geleistet werden. Dies wird dadurch geschehen, daß für die polnisch sprechenden Arbeiter ein Gewerkschaftsorgan in polnischer Sprache vom 1. April 1901 ab in Posen herausgegeben werden soll. Die Herausgabe ist von dem Gewerkschaftsausschuß beschlossen, nachdem seitens der Vorstände der Verbände festgestellt war, daß ein Bedürfnis für das Blatt bei elf Verbänden

„Herrgott, Michel, bist net d'rsoff'n!“
 „Na, Hochwürden, deich grad net, aber zehn Schweine hab i, drei alte und sieben Ferkel. Hättst mi tiefer eini g'schmiss'n, hätt' i lauter alte fette!“

„Was isch, — tiefer?“
 „Jo, woach, Hochwürden, die fetten san halt all unten in der Tiefsten!“

Sakra, dachte der Pfarrer, der bei den Schweinen seine alte Häuserin ganz vergessen hatte, so a zehn, zwölf fette Schweine brauchet i auch! Und da er so deutlich Micheln, den er ins Wasser geworfen hatte, mitten unter leibhaftigen Schweinen sah, fuhr ihm der Gedanke durch den Kopf: Was ich Micheln getan habe, mag mir nun Michel thun. Val den also wegen seines üblen Vorhabens am christlichen Verzeihung und schlug ihm vor, was er sich gedacht.

Michel kratzte sich hinter'm Ohr: „Ja, Hochwürden, wann i an Sack hätt' für Cure Dick'n!“

„Nächst halt mei' Bettuch z'am, Michel!“ Und sie gingen miteinander ins Widdum, und Michel nähte ben Pfarrer ins Bettuch. Dann nahm er ihn auf den Rücken. „Sakra, Hochwürden, Du bist sei schwaar! Da muß i an Tragerlohn ha'm!“ „Nimm Dir an Guld'nzettel aus b'm Strumpf. Aber nit mehra! Nicht alles nachgezählt!“

„Du wilst mi nimmer kontrollieren“, dachte sich Michel, nahm den ganzen Strumpf, huckte ben Pfarrer auf, trug ihn an den Fluß, warf ihn hinein und rief: „Nehmt sei blos d'fettescht“, Hochwürden!“

Dann ging er heim und wählte den Strumpf aus. Es waren 8379 Gulden und 13 Kreuzer.

vorhanden ist. Von den Herstellungskosten werden zwei Drittel von den direkt beteiligten Verbänden, ein Drittel seitens der Generalkommission getragen werden. Dauerlicher Weise wird seitens der Leitung der polnischen sozialdemokratischen Partei die gewerkschaftliche Agitation nicht so unterstützt, als dies geschehen müßte. Die Agitation wird einzig und allein von dem Gesichtspunkte aus betrieben, die Lage der Arbeiter zu verbessern und auf eine endgültige Befreiung des Proletariats hinzuwirken. Die seitens der Generalkommission in Beuten und Posen für die Gewerkschaften angestellten Beamten erfreuen sich trotzdem der Feindschaft der mit der Agitation betrauten Leiter der sozialistisch-polnischen Bewegung, welche mit Unterstützung der deutschen sozialdemokratischen Partei das sozialdemokratische Blatt „Gazeta Robotnicza“ herausgeben. Ein Vorgang in Posen machte es notwendig, eine Besprechung mit dem polnischen Parteivorstande, sowie mit der Parteileitung herbeizuführen. Die Tatsachen, welche hierbei festgestellt wurden, sprachen sehr zu Ungunsten der polnischen Parteileitung. Es wurde in Aussicht genommen, die „Gazeta Robotnicza“ nach Posen zu verlegen und die Redaktion neu zu besetzen. Wäre dies geschehen, so wäre auch die Herausgabe des polnischen Gewerkschaftsblattes erleichtert worden. Leiter wollten die Leiter der polnischen Bewegung sich nicht darauf einlassen und sie sind auf dem besten Wege, der von den Gewerkschaften und der deutschen Parteileitung in den Bezirken mit polnisch sprechender Bevölkerung betriebenen Agitation entgegenzutreten. In einem von der polnischen Parteileitung herausgegebenen Flugblatt heißt es unter Anderem wörtlich:

„Die Agitation der einzelnen Personen, welche ausgesandt sind in die polnischen Provinzen und erhalten werden durch die deutsche Partei, hat augenscheinlich das Ziel, diese Organisationsbewegung zu Gunsten der deutschen Partei in sich aufzunehmen; sie streben, durch ihre Arbeit die Führung des polnischen Proletariats mit den übrigen polnischen Ländern zu zerreißen. Anders gesagt, haben die deutschen Genossen nichts gegen das „Selbstbestimmungsrecht“ im Verhältnis zu anderen Ländern, aber zu den Polen in Preußen sind sie doch anderer Meinung. Wir haben hier zu thun mit einer Art Hatatismus* in sozialistischer Ausgabe. Wenn auch offiziell internationale Sozialisten, werden sie doch zur Verwirklichung des polnischen sozialistischen Parteiprogramms, das heißt zur Unabhängigkeit Polens, eine Hand nicht anlegen, das bedeutet, daß die deutschen Genossen auf diesem Punkte mit uns nicht solidarisch sind.“

Weber den Gewerkschaften, noch der Parteileitung ist es niemals eingefallen, Germanisierungsversuche zu machen. Stets sind sie dafür eingetreten, daß jeder Mensch ein Recht auf seine Muttersprache hat, daß die Volkseigentümlichkeiten berücksichtigt und anerkannt werden müssen. Die Unterdrückten aller Länder haben in der modernen Arbeiterbewegung einen energischen Anwalt gefunden. Diese Arbeiterbewegung will aber nicht neue Staatsformationen schaffen, sondern ohne Rücksicht auf durch Gewalt künstlich geschaffene Landesgrenzen dem gesammten Proletariat eine höhere Lebenshaltung und endgültige Befreiung vom Joch des Kapitalismus bringen. Sie sieht nicht darnach, welcher Nation der ausbeutende Kapitalist oder der ausgebeutete Proletarier angehört, sondern bekämpft den Ersteren und sucht den Letzteren zu schützen, gleichviel, ob sie russischer oder japanischer Nationalität sind. Es ist also ein erbärmliches Unternehmen der polnischen Parteileitung, wenn sie einen Gegensatz zwischen dem polnisch und dem deutsch sprechenden Teil der Kämpfer für die Befreiung des Proletariats zu schaffen sucht und die Agitatoren der deutschen Arbeiterbewegung verdächtigt.

Diese Darstellung eines unliebsamen Vorkommnisses bezweckt, den Nachweis zu erbringen, daß nicht die Macht der Kapitalisten, nicht der Einfluß des Passenthums und die Unterdrückungsbestrebungen seitens der Behörden in den polnischen Provinzen allein es sind, die den Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung hindern, sondern daß auch Personen, welche sich Sozialdemokraten nennen, die im Interesse der polnisch sprechenden Arbeiter absolut notwendigen Organisationsbestrebungen verdächtigen.

Erfreulicherweise hat, trotzdem in der Provinz Posen und besonders in der Stadt Posen die Gewerkschafts-

bewegung bedeutende Fortschritte gemacht. Ein demnächst erscheinender Jahresbericht des Posener Sekretariats wird des Näheren diesen Fortschritt der Bewegung ausweisen.

Wie in früheren Jahren, ist auch im letzten an einzelne Gewerkschaften Aufschuß zu größeren Agitationen gewährt worden. Ferner ist auf Kosten der Generalkommission eine Agitation unter den Arbeiterinnen des Bögigtändischen Bezirkes unternommen worden. Außerdem sind für einzelne Orte und Bezirke besondere Flugblätter hergestellt und verbreitet worden. Im Uebrigen sind auf eine große Zahl von Anfragen, betreffend die Agitation, Anweisungen, besonders an die Gewerkschaftskartelle, gegeben.

Mit den Gewerkschaftskartellen stand die Generalkommission nach wie vorher in regem Verkehr und hat sich auch das gegenseitige Verhältnis, gestützt auf die Beschlüsse über die Gewerkschaftskartelle des letzten Gewerkschaftskongresses, sehr günstig und freundschaftlich gestaltet. Eine Ausnahme davon macht, wie bekannt, das Leipziger Gewerkschaftskartell. Die Vorgänge selbst sind bekannt. Dieses Kartell glaubte sich berechtigt, eine Neubildung der Beschlüsse des Dritten Gewerkschaftskongresses vornehmen zu können und eine von dem Kongreß anerkannte Organisation als nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend zu bezeichnen und dementsprechend zu behandeln. Andererseits anerkannte das Kartell eine Sonderorganisation, welcher der Gewerkschaftskongreß ausdrücklich und rücksichtslos die Anerkennung verweigerte. Alle gütlichen Vorstellungen seitens der Generalkommission blieben unbeachtet. Auch der Hinweis darauf, daß das Kartell nur seinen Statutenbestimmungen gemäß zu verfahren brauche, um den Streit aus der Welt zu schaffen, blieb unbeachtet. Die Liebe zu einer Sonderorganisation, welche ihren Daseinszweck in der Bekämpfung des gewerkschaftlich bewährten Buchdruckerverbandes sah, war so groß, daß man im Kartell vollständig übersah, welche unangenehmen Folgen die Anerkennung einer solchen Gegenorganisation haben müsse.

Die Folgen sind eingetreten. Ein in der Arbeiterbewegung unerhörter Skandal hat sich entwickelt. Eine auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehende Gewerkschaft läßt in einem der sozialdemokratischen Partei gehörenden Geschäft seine Mitglieder zum Streit greifen. Die Gegenorganisation stellt die Streikbrecher und der Streikbruch wird von Gewerkschaften, die auch auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen, als im Interesse der Partei liegend entschuldigt. Das ist der Fluch der bösen Tat. Wenn ein Gewerkschaftskartell, wenn ein sozialdemokratisches Blatt der Abspaltung in der Gewerkschaftsbewegung das Wort redet, so müssen die Dinge schließlich kommen, wie sie gekommen sind. Da die Einigungsverhandlungen zur Zeit noch schweben, so wollen wir uns mit diesen Ausführungen über die Sache begnügen. Die Generalkommission hat, als das Leipziger Gewerkschaftskartell nicht gemäß den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses handeln wollte, alle Beziehungen mit diesem Kartell abgebrochen. Die Anforderung an die Vorstände der Verbände, die Delegierten aus dem Leipziger Kartell zurückzuziehen, hatte geringen Erfolg. Ein direkter Einfluß steht den Vorständen nicht zu, weil die Delegierten zum Kartell in öffentlichen Versammlungen gewählt werden. Jedenfalls werden die Verbände, wenn der Streit in Leipzig nicht zu einem befriedigenden Abschluß kommt, zu entscheidender Stellungnahme genötigt sein.

Daß die Buchdrucker-Gewerkschaft und ihr Organ der Generalkommission die unlauteren Motive, so die Rücksicht auf die Beitragsleistung des Buchdruckerverbandes, für ihr Vorgehen nachsagt, ist bei dem Charakter dieser Organisation und ihres Organs selbstverständlich. Jeder Mensch pflegt ja bei den Handlungen Anderer dieselben Motive vorauszusetzen, die ihn selbst bei seinen Handlungen leiten. Daselbe trifft auch auf diejenigen zu, welche sich in der Rolle des Nachsetzers dieser Unterstellungen gefallen. Wenn je an einer Stelle, so war es gegenüber dem Leipziger Gewerkschaftskartell einfachste Verpflichtung der Generalkommission, so zu handeln, wie geschehen.

Statistik.

Die Generalkommission war bemüht, das Material, welches die Berufs- und Gewerbezahlungen von 1895 enthielt, den Gewerkschaften zugänglich zu machen. Es sind drei größere Auszüge aus den Ergebnissen dieser Zahlungen gemacht und im „Correspondenzblatt“ veröffentlicht worden. Eine weitere Zusammenstellung aus den Ergebnissen der Gewerbezahlungen ist in Bearbeitung. Die alljährlichen Statistiken über die Streiks und über den

Stand der Gewerkschaftsbewegung sind nach Möglichkeit verbessert worden.

Die Streitstatistik ist vollständig umgestaltet. Während bis zum Jahre 1900 die Materialien für die Statistik durch Umfrage am Jahresluß gewonnen wurden, sind nunmehr die Einrichtungen so getroffen, daß fortlaufend in allen Gewerkschaften nach von der Generalkommission herausgegebenen Formularen die Statistik geführt wird. Diese Neueinrichtung verurteilte der Generalkommission nicht unerhebliche Arbeit. Sie wird aber nicht nur ermöglicht, daß die Streitstatistik früher als in den vorhergehenden Jahren veröffentlicht werden kann, sondern es ist dadurch, daß nicht wie bisher summarisch, sondern über jeden einzelnen Streit berichtet wird, die Genauigkeit erhöht und die Vergleichbarkeit mit der amtlichen Streitstatistik gegeben.

Daß die amtliche Statistik diejenige der Gewerkschaften nicht etwa entbehrllich macht, ist schon früher von uns betont worden. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaftsstatistik zur Kontrolle der amtlichen absolut notwendig ist. In dem amtlichen Bericht über die Streiks im Jahre 1899 ist zwar darauf verwiesen, daß die beiden Statistiken nicht miteinander vergleichbar sind, weil die Zählung seitens der Behörden nach Verwaltungsbezirken, seitens der Gewerkschaften aber nach Bezirken erfolgt. Ohne daß die Zählmethode der Gewerkschaften geändert zu werden braucht, wird sich für die Zukunft doch, wie schon angeführt, ein Vergleich ermöglichen. Dadurch wird dann wohl die ursprünglich vorhandene löbliche Absicht, aus der amtlichen Streitstatistik Material gegen die Gewerkschaften gewinnen zu können, endgültig schwinden. Vielleicht auch kommt man dann an maßgebender Stelle noch zu der Erkenntnis, daß untergeordnete Polizeiorgane nicht geeignet sind, die ersten Erhebungen über die Streiks zu machen, und schafft hier Wandel. Dann würde die amtliche Streitstatistik sich zu einem wertvollen Teil der Reichsstatistik entwickeln können. Die Gewerkschaftsstatistik ist deshalb zur Zeit wertvoller als je zuvor. Dessen sollten die Beamten der Gewerkschaften, welche als Leiter der Streiks die ersten Materialien an die Verbandsvorstände einzuliefern haben, eingedenk sein. Die ihnen zugemutete Arbeit ist nicht leicht und nicht gering, aber die Bedeutung, welche diese Arbeit für unsere Bewegung hat, muß die Beteiligten anspornen, ihre ganze Kraft der Sache zu widmen. (Schluß folgt.)

Verlangt nach Tarif bezahlt!

Welchen Erfolg das mannhafte Eintreten für die im Tarif festgesetzten Preise hat, zeigt folgender Fall, den wir dem „Vorwärts“ entnehmen:

Um die Auslegung einer Bestimmung des deutschen Buchbinderarifs drehte sich ein Rechtsstreit, den der Preßergolder B. gegen die Inhaber der Großbuchbinderei Wübben & Komp. angestrengt hatte. B. beanpruchte im Ganzen 15,20 Mk. rückständigen Akkordlohn. Im vorliegenden Rechtsstreit veranlaßte besondere Schwierigkeiten die Teilforderung von 10,39 Mk. Der Kläger hat eine große Auflage Alumbedel im Akkord gepreßt und Herr Wübben hat ihm jene 10,39 Mk. von dem Akkordverdienst abgezogen, indem er sich auf die Bestimmung des Buchbinderarifs bezog, wonach 12 1/2 Prozent vom Verdienst abzuziehen sind, wenn die Auflage mehr als 5000 Stück beträgt und die Arbeit hintereinander gemacht wird. B. hat nun unstrittig die Arbeit öfter unterbrochen müssen, um andere Deckel zu prägen. Er beanspruchte deshalb das Gld. Demgegenüber machte Herr Wübben geltend, das „hintereinander“ sei nicht ganz wörtlich zu nehmen. Der Sinn der fraglichen Tarifbestimmung sei, daß der Abzug der Prozente auch dann erfolgen solle, wenn die Fertigstellung der großen Auflage zuweilen durch andere Arbeiten derart unterbrochen werde, daß kein nennenswerter Zeitverlust entstehe. So sei das aber hier gewesen. Der Kläger trat dieser Auffassung entgegen und bestritt auch, daß ihn der Wechsel der Arbeit nicht aufgehalten habe. Der Aufenthalt sei im Gegenteil erheblich gewesen. In einem neuen Termin wurde der Buchbindermeister Probst, der Vorsitzende des hiesigen Tarifschiedsgerichts der Buchbinder und Buchbindermeister, als Sachverständiger darüber vernommen, wie die strittige Tarifbestimmung auszuliegen sei. Er sprach sich dahin aus: Wenn der Kläger sage, er habe die Alumbedel — etwa 1200 — nicht hintereinander gepreßt, dann habe er ja nach dem Wortlaut recht. Es sei aber Usanz, daß bei Auflagen von solcher Größe wie hier, andere Arbeiten, besonders während der flotten Geschäftszeit, zwischen durch gemacht würden. Manchmal sei es

* Das Wort Hatatismus, gebildet aus den Anfangsbuchstaben der Gründer der „Germanisierungs-Gesellschaft“ (Hansemann, Kennemann, Liedemann), bedeutet nichts Anderes, als das Bestreben, gewaltsam die Polen zu germanisieren, ohne Berücksichtigung ihres Rechtes auf ihre Muttersprache und ihre Volkseigentümlichkeiten.

auch gar nicht anders denkbar. So sei denn auch die Tarifbestimmung sinngemäß auszulegen. Er (Probst) sei nun folgender Meinung: Wenn der Kläger in einem Tage 1200 Druck und im Ganzen mehr als 5000 Druck gemacht habe, dann müsse er sich den Prozentabzug von 12 1/2 Proz. gefallen lassen. Wenn Kläger hingegen nur, wie er behauptet, 800 Druck pro Tag gemacht habe, er also die reguläre tägliche Arbeitszeit von neun Stunden nicht fast ausschließlich mit diesen Druckern ausgefüllt habe, dann sei ein Prozentabzug nicht zulässig. Bei diesem seinem Gutachten sehe er voraus, daß die 1200 bzw. 800 Exemplare an dem einzelnen Tage hintereinander gemacht worden seien. Werde die Arbeit der 800 bzw. 1200 Exemplare unterbrochen, dann wäre seiner Meinung nach wenigstens für den Tag, wo die Unterbrechung stattfindet, ein Abzug nicht zu machen. — Nach stundenlanger Verhandlung und längerer Berathung rief Gewerberichter Dr. Meier Herrn Wübben, die volle Klagesumme zu zahlen, und führte aus: Unter den beiden sachverständigen Beisitzern beständen Meinungsverschiedenheiten. Wäre aber eine Entscheidung notwendig, dann würde das Gericht als solches dem Kläger prinzipiell recht geben. Nach der Beweiserhebung habe B. während des Arbeitstags die Prägung der Aluumbüchel unterbrechen müssen, und sei dies wiederholt auch nur einmal im Tage und dann und wann zweimal im Tage gewesen, so liege eine Unterbrechung vor, welche dem tarifmäßigen Hintereinanderarbeiten widerspreche. Eine Majorität sei dafür zu Stande gekommen, daß der Prozentabzug nur in Frage kommen könne, wenn an der betreffenden Arbeit während des üblichen neunstündigen Arbeitstags unterbrochen geschafft werde. Durch andere Arbeiten, selbst wenn sie notwendig seien, dürfe sie nicht unterbrochen werden, oder aber der Abzug der Prozente müsse unterbleiben. Herr Wübben zahlte die Klagesumme an B. und dieser nahm die Klage zurück.

Vorstehende Entscheidung mag ein Ansporn sein für die Lauen und Jagdsten, ihr Recht: nach Tarif entlohnt zu werden, wenn nicht anders, gerichtlich geltend zu machen.

„Ein Musterbetrieb.“

In einer öffentlichen Versammlung, welche anlässlich des Ausstandes bei der Firma W. Rosenzweig in Köln stattfand, erklärte L. Rosenzweig junior mit erheblicher Stimme, daß der Betrieb, dessen Mitinhaber er sei, einen Musterbetrieb darstelle. Die Versammlung brach über diese Aeußerung seinerzeit in große Heiterkeit aus. Bis heute ist es auch noch keinem Kollegen klar geworden, worin die Mustergültigkeit des Betriebs der Firma Rosenzweig bestehen sollte. Etwas darin, daß die vorfindsübliche Arbeitszeit von elf Stunden in dem „Musterbetrieb“ herrscht, oder vielleicht im „humanen“ Umgang mit dem Personal?

In einer vorübergehenden Versammlung richtete ein Kollege schwere Anklagen gegen L. Rosenzweig. Einer sechzehnjährigen Arbeiterin gegenüber, welche die Stelle des erkrankten Dienstmädchens verfeh, hatte dieser sich schwere sittliche Beleidigungen zu Schulden kommen lassen. Der überwachende Polizeikommissar nahm eine Untersuchung der vorgebrachten Fälle vor. Der Vater des Mädchens stellte gleichzeitig Strafantrag gegen Rosenzweig. Am 29. Januar fand vor dem hiesigen Schöffengericht Verhandlung in dieser Angelegenheit statt. Der Verteidiger des Angeklagten beantragte vor Eintritt in die Verhandlung, die Öffentlichkeit auszuschließen; das Gericht gab diesem Antrag Folge. Aus diesem Grunde ist es uns leider auch nicht möglich, ein Bild der Verhandlung zu geben. Der Angeklagte L. Rosenzweig wurde zu 30 Mk. Geldstrafe oder drei Tagen Gefängnis verurtheilt wegen schwerer Kränkung der Geschäftskasse. Mildern wurde in Betracht gezogen, daß sich der Angeklagte der Tragweite der Beleidigung nicht in vollem Maße bewußt war.

Die Kölner Kollegen wünschen nichts sehnlicher als dasjenige: Möge uns der Himmel vor solchen „Musterbetrieben“ bewahren!

Vorteseuiller contra Vorteseuiller.

Wie die Kollegen aus Nr. 6 unserer Zeitung ersehen haben, hat es sich die neugegründete Vorteseuiller-Gewerkschaft nicht nehmen lassen, gegen den Verband in einer Art und Weise vorzugehen, die jeden in die Sache eingeweihten Kollegen den Kopf schütteln läßt. Wenn ich nun auch die Meinung unserer Redaktion, die Plänkereien gegen uns mit Stillschweigen zu beant-

worten, vollkommen theile, so kann ich doch nicht umhin, den letzten Erguß der „Vorteseuiller-Zeitung“, der sich mit unserer Versammlung vom 19. Januar befaßt, einer Kritik zu unterziehen; da ein Schweigen meinerseits von den Kollegen wohl als Feigheit ausgelegt würde, so sei mir dieselbe gestattet. —

Die „Vorteseuiller-Zeitung“ schreibt also in ihrer Nummer 2 vom 2. Februar, daß sie „erstaunt wäre über die Courage, die ich besitze, indem ich mir erlaube, mich in einer Versammlung als Referent hinzustellen in einer Sache, von der ich keine blasse Ahnung habe“. Nun, was würde die Redaktion der „Vorteseuiller-Zeitung“ sagen, wenn ich mich dahin äußerte, daß der Vorsitzende der Offenbacher Vorteseuiller-Gewerkschaft, Gottlob Heller, keine blasse Ahnung von den Vorgängen in seiner eigenen Organisation hätte? Sie würde sich ausschütten vor Lachen, genau so, wie ich es gethan habe, denn das Material zu meinem Referat (wenn man die kurze Einleitung zu einer Diskussion überhaupt so nennen darf) hat der Vorsitzende der Vorteseuiller-Gewerkschaft, Gottlob Heller, geliefert. Damit fällt auch die wenig geschmackvolle Bemerkung in sich zusammen, daß ich mir „aus gebrochenem Stroh einen Popanz zurechtgestutzt habe, den ich dann in Stücke gehauen hätte“. Was die weitere, auf demselben Niveau stehende Bemerkung betrifft, „ob denn die Leipziger Kollegen keinen anderen als diesen Herrn Frischke als Referenten für diese Sache gefunden hätten?“ so sei mir die Gegenfrage erlaubt, die, jetzt von mir gestellt, eine gewisse innere Berechtigung hat: „Sind denn die Offenbacher Kollegen in ihren eigenen Reihen keinen Anderen, der das verantwortungsvolle Amt eines Redakteurs weniger partiell, weniger gehässig aufsaßt, als diesen Herrn Steiner, einen der originellsten „Swockel“, der mir je unter die Finger gekommen ist?“ Und weiter: „Warum greift man gerade meine Wenigkeit heraus, während doch, wie ja die „Vorteseuiller-Zeitung“ selbst zugeben muß, sich alle Kollegen für den Buchbinderverband ausgesprochen haben?“ Wenn die Offenbacher die Urtheile ihrer eigenen Landsleute gehört hätten, die dieselben in beflagter Versammlung abgegeben haben, ich glaube, die Schamröthe wäre ihnen ins Gesicht gestiegen. Nun noch ein Wort. Mit dem Bruch der Vorteseuiller muß als mit einer vollendeten Thatsache gerednet werden. Ist es aber durchaus notwendig, daß sich Verbändler und Gewerkschaftler als Feinde gegenübersehen? Ich glaube, so ganz und gar Lust sind die im Buchbinderverband organisirten Vorteseuiller denn doch nicht, und wenn wir bei etwaigen Kämpfen zusammenstehen sollen, so ist es vor allen Dingen notwendig, eine Kampfesweise einzustellen, die jeden Andersdenkenden in den Roth zieht.

Leipzig.

Paul Frischke.

Korrespondenzen.

Stuttgart. In der am 4. Februar abgehaltenen Versammlung erstatteten die Vertrauensleute aus den Werkstuben Bericht. Aus den von einzelnen Werkstuben gegebenen Berichten ist zu ersehen, daß wohl der festgesetzte Minimallohn mit Ausnahme von drei Werkstätten überall bezahlt, der Alfordtarif aber fast nirgends eingehalten wird. Die Prinzipale lassen nichts unversucht, um den ihnen so unbequemen Alfordtarif zu umgehen. Wenn die Arbeiter und Arbeiterinnen tarifmäßige Bezahlung verlangen, so fliegen sie ohne Weiteres einfach hinaus, oder sie erhalten den Bescheid (wie z. B. bei der Firma Weinberg), wenn Sie nicht im Verband wären, würde ich's Ihnen bezahlen; auch werden dort die Arbeiterinnen von einem Werkführer, welcher früher schon einmal im Geschäft thätig war und sich verschiedene unstatthafte Handlungen gegen die Arbeiterinnen erlaube, auf jegliche Weise chikanirt; alle Die, die sein früheres Verhalten kennen, sucht dieser Herr hinauszubringen. Auch die Firma Schwabe glaubt, einen Beitrag zum Kapitel der Unternehmerrücksichtslosigkeit liefern zu müssen, indem sie den Vorsitzenden der Zahlstelle auf's Pflaster setzt. Die Besatte förderte noch viele sonstige Mißstände zu Tage. Zum Schlusse wurde nachstehende Resolution von der Versammlung einstimmig angenommen:

„Die am 27. Januar 1901 im Saale des „Hirsch“ stattgefundenen öffentliche Versammlung, sowie die heute den 4. Februar tagende öffentliche Mitgliederversammlung erwarten, daß in allen Werkstätten, wo noch nicht tarifmäßig entlohnt wird, die Kollegen und Kolleginnen entschieden darauf beharren, daß den Tarifbestimmungen entsprechend Bezahlung erfolgt, auch alle weiteren Vereinbarungen genau eingehalten werden. Die Versammlung spricht ihre Mißbilligung aus über das von ein-

zelnen Prinzipalen beliebte Verfahren, in der Organisation thätige und auf Einhaltung der Vereinbarungen hinwirkende Arbeiter und Arbeiterinnen unter nichtigen Vorwänden aus der Arbeit zu entlassen. Die Versammlung erwartet, daß auch alle diejenigen Prinzipale, welche es mit der Einhaltung des Tarifs und der sonstigen getroffenen Vereinbarungen aufrichtig meinen und denen es um die Erhaltung friedlicher Verhältnisse im Gewerbe zu thun ist, ihren Einfluß dahin geltend machen, daß weitere Verstöße gegen die Vereinbarungen und weitere Maßregelungen seitens ihrer Kollegen unterlassen werden. Die Versammlung erachtet es als eine ganz besondere Aufgabe der Organisation der Buchbinderbestitzer wie der Organisation der Arbeiter und Arbeiterinnen (Deutscher Buchbinderverband), auf genaue Einhaltung vorhandener und weiter zu schaffender Vereinbarungen streng zu wachen.“

In der am 18. Februar stattgefundenen Versammlung stand unter Anderem die Wahl eines Tarifschiedsgerichts auf der Tagesordnung. Nach längerer Debatte wurde die seitherige Lohnkommission beauftragt, aus ihrer Mitte sechs Personen als Tarifschiedsrichter zu bestimmen; dieselben sind von einer der kommenden Versammlungen zu acceptiren. Das so gebildete Schiedsgericht hat sich den Prinzipalen vorzustellen und an diese das Ersuchen zu richten, nun auch ihrerseits sechs Herren zu bestimmen. In der Debatte wurde wiederum scharf getadelt, daß die Herren Prinzipale sich absolut zu Verhandlungen mit uns nicht herbeilassen. Die Ausrede, daß sie keine Zeit dazu hätten, mußten wir uns vor Weihnachten wohl oder übel gefallen lassen; jetzt ist sie aber absolut nicht mehr stichhaltig und wir können nur annehmen, daß die Herren nicht mit uns verhandeln wollen.

Nach Erledigung dieses Punktes wurde die Maßregelung unseres Vorsitzenden, Kollegen Schröter, bei der Firma Schwabe zur Sprache gebracht. Ein dort beschäftigter Kollege, der zufällig auch Schröter heißt und zuerst im Verdacht stand, Vorsitzender unserer Zahlstelle zu sein, wurde auf jegliche Weise zu chikaniren gesucht. Als nun aber durch irgend einen Wink die Firma Schwabe erfahren, daß nicht dieser, sondern der andere Kollege Schröter Vorsitzender unserer Zahlstelle ist, wurde bei diesem ein Grund gesucht, ihn aus der Arbeit zu entlassen. Ein solcher Grund war natürlich bald gefunden. Es wurde einfach erklärt, die Arbeit gehe zu Ende und auf Vorrath lasse man nicht arbeiten. Heute, nach kaum acht Tagen, steht aber schon wieder ein anderer Arbeiter an dem Platze unseres Kollegen Schröter.

Es liegt also nun klar auf der Hand, daß unser Kollege Schröter nicht wegen Mangel an Arbeit entlassen wurde, sondern daß es der Firma Schwabe lebiglich darum zu thun war, den Vorsitzenden unserer Zahlstelle aufs Pflaster zu setzen. Leider haben es die Gehilfen der Firma Schwabe, sowie der vorige Geschäftsausschuß nicht für nötig gefunden, für ihren Kollegen und Vorsitzenden unserer Zahlstelle einzutreten. Die Versammlung war jedoch allgemein über das Vorgehen der Firma Schwabe sehr entrüstet, was in nachstehender Resolution zum Ausdruck kam:

Die Zahlstelle Stuttgart des Deutschen Buchbinderverbandes ersucht die Partei-Buchhandlung, bei Vergeltung von Buchbinderarbeiten die Firma Schwabe nicht mehr zu beschäftigen, da dieselbe durch Maßregelung unseres Zahlstellen-Vorsitzenden die Organisation zu brüchen versucht.

Nürnberg. Am 16. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre Mitgliederversammlung ab, in der zunächst über das Resultat der Besprechung mit der Geschäftsleitung der hiesigen Parteidruckerei Bericht gegeben wurde. Es handelte sich nämlich darum, ob in der hiesigen Parteidruckerei nicht eine Buchbinderlei eingerichtet werden kann. Nachdem vom letzten Verbandstag beschlossen war, in allen Städten, in welchen Parteidruckereien bestehen, diesbezügliche Ermittlungen anzustellen, wurde uns auf Verlangen vom Kollegen Dietrich das Resultat derselben zugestellt. Auf Grund dessen wurde in unserer letzten Verwaltungssitzung eine dreigliedrige Kommission gewählt, welche mit dem Leiter der hiesigen Parteidruckerei („Fränkische Tagespost“) über Einrichtung einer Buchbinderlei resp. Einstellung eines Buchbinders verhandeln sollte. Diese Kommission wurde nun bei Genossen Eidow vorstellig. Es wurde genanntem Herrn berichtet, daß bereits in einigen Städten Buchbinder in Parteidruckereien beschäftigt sind; ob er nicht auch gewillt sei, in der hiesigen Parteidruckerei eine Buchbinderlei einzurichten resp. einen Buchbinder einzustellen. Diese Frage wurde abschlägig beantwortet, und zwar mit der Be-

gründung, daß für einen Buchbinder nicht immer Arbeit genug vorhanden sei, und wenn auch ab und zu solche vorhanden sein sollte, ein einziger Gehilfe nicht im Stande ist, dieselbe in einer solchen kurzen Zeit, wie dies oft verlangt wird, fertig zu stellen. Zweitens würden Arbeiten, welche außer Hause gemacht werden, billiger zu stehen kommen, als diejenigen, welche in der Druckerei durch einen Gehilfen angefertigt würden. Nun erlaubte sich die Kommission, darauf aufmerksam zu machen, daß dann wenigstens die Arbeiten an solche Firmen vergeben werden sollten, welche doch mindestens ihren Gehilfen einen anständigen Lohn zahlen. Dies wurde dann auch von Herrn Sidow gewissermaßen zugesagt, das heißt, er wolle sich von einigen vorgeschlagenen Firmen die Preisliste einholen. Wenn dieselben dann mindestens so billig arbeiten wie die anderen, so sollen dieselben bei Vergabe von Arbeiten berücksichtigt werden. Diese Begründung kann nicht als stichhaltig betrachtet werden. Denn wenn ein Gehilfe nicht im Stande sein sollte, die Buchbinderarbeiten in der verlangten Zeit fertig zu stellen (bennach müssen es doch nicht so wenige sein, wie Herr Sidow angegeben hat), so haben wir hier immer einige arbeitslose Kollegen, welche oft froh wären, auch nur einige Tage zur Ausbülfe beschäftigt zu werden. Auch wissen wir genau, daß für den Verlag der „Fränkischen Tagespost“ oft drei Firmen beschäftigt sind. Wenn sich bei diesen die Arbeit wirklich so billig stellt, so wollen wir das gerne glauben, wenn wir die dort bestehenden Arbeitsbedingungen etwas näher betrachten. Mit Ausnahme der einen Firma sind die beiden anderen die schlechtesten, die wir hier zu verzeichnen haben. Beschäftigt sind bei denselben höchstens ein Gehilfe mit dem horrenden Wochenlohn von 14 Mk. bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden; dagegen werden zwei Lehrlinge beschäftigt. Ein Kollege, welcher bei einem dieser Herren Meister beschäftigt war, versichert, daß bei diesem Hungerlohn auch noch große Ansprüche an die Leistungsfähigkeit gestellt werden. Wenn nun ein Parteiorgan, das selbst fast in jeder Nummer seine Leser auffordert, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse einzutreten, seine Arbeit an solche Firmen vergibt, dann steht das in kräftigem Widerspruch zu dem sonstigen Verhalten der Parteipresse. Ich erinnere hier nur an den Streit bei der Schuhfabrik Laak & Co. in Burg bei Magdeburg. Damals warnte die „Tagespost“ in jeder Nummer, von genannter Firma Waaren zu beziehen, weil dieselbe die als gerecht anerkannten Forderungen ihrer Arbeiter nicht bewilligte. Wollten wir aus diesem Vorgeben die Konsequenzen ziehen, dann müßten wir auch die Erzeugnisse der „Tagespost“ boykottieren. Auch verstehe ich nicht, wie Herr Sidow dazu kommt, zu sagen, wenn andere Firmen so billig arbeiten wie die bisherigen, dann sollen auch diese berücksichtigt werden. Ich frage nun: Wie kann ein Meister, der seinen Gehilfen keinen solchen Hungerlohn zahlt und der acht Stunden pro Woche weniger arbeiten läßt, mit solchen Firmen konkurrieren? Aber wir werden die Sache nicht so vorübergehen lassen und unsere Kollegen werden auch wissen, wie sie sich eventuell zu verhalten haben. Diejenigen Zahlstellen aber, in welchen Parteidruckereien bestehen, müssen diese Frage einmal energisch in Angriff nehmen. Folgende inzwischen eingelaufene Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige Versammlung nimmt den Bericht der Kommission über das Resultat besuchs Einrichtung einer Buchbinderei eventuell Einstellung eines Buchbinders in der Parteidruckerei mit größtem Bedauern zur Kenntnis, rügt das Verhalten der Leitung der Parteidruckerei und wünscht, daß alle organisierten Buchbinder ihre Konsequenzen daraus ziehen. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Versammlung sich nach einem anderen Lokal umzuschauen.

Frankfurt a. M. Am 4. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Bericht vom Arbeitsnachweis und der Bibliothek, 3. Neuwahl des Vorstandes, sowie der Revisoren, 4. Verschiedenes. Der Geschäftsbericht des Kollegen Busch weist nach, daß wir in diesem Quartal gegenüber dem vorhergehenden eine Zunahme von Mitgliedern nicht zu verzeichnen hatten, trotz unserer im letzten Herbst stattgefundenen Lohnbewegung; obgleich eine große Zahl der uns noch fernstehenden Kollegen wesentliche Aufbesserungen erzielten, haben diese es aber trotzdem nicht für nötig gehalten, der Organisation beizutreten. Bedenkt man nun ferner, daß sich vor und während der Bewegung Elemente bei uns eingeschlichen haben, die nur ihren Vortheil aus der Bewegung ziehen wollten und nachher uns den Rücken kehrten, so ist es

leicht erklärlich, daß wir von einem Zuwachs der Zahlstelle nicht berichten können. Es sind 5 Kollegen zugereist, 14 aufgenommen, 18 abgereist. 9 wegen Restens ausgeschlossen worden, verbleibt am Schluß des vierten Quartals ein Bestand von 90 Mitgliedern gegen 104 am Schluß des dritten Quartals, mithin eine Abnahme von 14 Mitgliedern. Versammlungen fanden statt: 3 öffentliche, 2 Mitglieder- und 1 Generalversammlung mit durchgängig befriedigendem Besuch. Das Ergebnis unserer Lohnbewegung kann mit Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse als ein günstiges bezeichnet werden. Daß verschiedene Werkstätten nicht mit in Betracht gekommen sind, liegt nicht an den leitenden Personen, die keine Mühe und Ausgaben gescheut haben, sondern an der Untertreue der dort beschäftigten Kollegen.

Dem Kassenbericht des Kollegen Dürr ist Folgendes zu entnehmen. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 460,05 Mk., die Ausgabe 137 Mk., an die Zentralverwaltung abgehandelt 323,05 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse beträgt mit Bestand vom vorigen Quartal 318,48 Mk., die Ausgabe 249,57 Mk., verbleibt mithin ein Bestand von 68,91 Mk. Auf Antrag wurde dem Kassier für gute Kassenführung einstimmig Deklaration erteilt. Aus dem Bericht des Arbeitsnachweisers geht hervor, daß von 18 gemeldeten Stellen 7 besetzt werden konnten, und von 14 sich arbeitslos meldenden Kollegen 7 Stellen erhielten. Die Bibliothek wurde von 31 Kollegen benutzt und entliehen dieselben insgesamt 76 Bücher. Zur Zeit umfaßt die Bibliothek 336 Bände.

Sobald der Neuwahl des Vorstandes, die Wahl des Vorsitzenden entfiel auf den Kollegen Biermann, des Kassiers auf den Kollegen Mattheis und zum Schriftführer wurde Kollege Duenfing wieder gewählt. Zu Revisoren wurden die Kollegen Grotz und Weg, zu Revisoren Heller und Garnier gewählt. Hoffen wir nun, daß es dem neuen Vorstand nicht fehlen wird an der Unterstützung jedes Einzelnen, um so den weiteren Ausbau der Organisation zu fördern. Unter Verschiedenem giebt Kollege Schaumberg bekannt, daß in aller nächster Zeit eine Führung durch das Städtische Kunstinstitut stattfinden wird und fordert zur regen Theilnahme auf. Nachdem noch einige Angelegenheiten ihre Erledigung gefunden, erfolgte Schluß der Versammlung. W. D.

Krefeld. Die am 10. Februar abgehaltene Generalversammlung hatte folgende Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, 2. Kartellbericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Lohnkommissionsbericht, 5. Verschiedenes. Den Geschäftsbericht gab Kollege Brunen. Es wurden im verfloffenen Quartal abgehalten 1 Generalversammlung, 5 Mitgliederversammlungen, 8 Vorstandssitzungen. Der Mitgliederbestand betrug am Schluß des dritten Quartals 77; im vierten Quartal ist derselbe wieder um ein Bedeutendes reduziert worden; ausgetreten sind 11 männliche und 6 weibliche, abgereist 5, eingetreten 1 männliches Mitglied, so daß wir jetzt auf einem Mitgliederbestand von insgesamt 54 Personen angelangt sind.

Den Kassenbericht giebt Kollege Kisters. Einnahmen für die Verbandskasse mit Bestand vom dritten Quartal 330,75 Mk., Ausgaben 104,53 Mk., an die Verbandskasse eingekassiert 151,22 Mk., am Orte behalten 75 Mk. — Einnahmen der Lokalkasse 52,48 Mk., Ausgaben 39,43 Mk., bleibt ein Bestand von 13,05 Mk. Dem Kassier wurde Deklaration erteilt. Den Kartellbericht gab Kollege Dölle.

Der jetzige Vorstand setzt sich aus folgenden Personen zusammen: Erster Vorsitzender Kollege Bauer, Kassier Kisters, Schriftführer Bricken, Revisoren Jennes und Heiberg, Unterstützungsauszahler Brunen, Kartelldelegierte Brunen und Dölle.

Der Lohnkommissionsbericht, von Kollege Brunen gegeben, ist folgender: Es sind vier Punkte in der ersten Beratung aufgestellt worden: 1. Neunhunderttag, 2. Abschaffung der Akkordarbeit, 3. Regelung des Lehrlingswesens, 4. Allgemeine Lohnerhöhung. Kollege Brunen unterzieht diese Punkte noch einer ausführlichen Beschreibung und stellt sie dann zur Diskussion. Kollege Jung: Wenn eine Lohnerhöhung eintreten soll, so müsse auch in erster Linie der weiblichen Arbeiter gedacht werden; dies sei aus dem Bericht der Kommission nicht zu ersehen. Die Lehrlingsfrage zu regeln sei eine schwierige Sache. Redner befürwortete dann noch, mit sofortigen Werkstättenversammlungen zu beginnen und sobald als möglich eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um so die Fernstehenden für den Verband zu gewinnen. Falls es zu einer Bewegung käme, müßte man mindestens

auf hundert Mitglieder blicken können. Kollege Bauer: Er hege starkes Bedenken, in der jetzigen, allgemein schlechten Geschäftskonjunktur in eine Bewegung einzutreten; es müßten sich die Verhältnisse rapid ändern. Bei dem jetzigen Beitrag sei es auch höchst schwierig, neue Mitglieder zu gewinnen. Für die Lehrlingsfrage könne er sich nicht besonders erwärmen. Kollege Brunen: Er stimme der Ansicht des Kollegen Bauer bei, nicht eher in eine Bewegung einzutreten, bis ein besserer Geschäftszug zu verzeichnen sei, so daß man einigermaßen die Garantie habe, unsere Forderungen durchbrücken zu können. Die Lehrlingsfrage aber sei von selbst geregelt, wenn die Akkordarbeit falle. Die Kommission werde sich weiteren Beratungen unterziehen.

Unter Verschiedenem machte Kollege Brunen noch bekannt, daß das Kartell eine Erhöhung der Beiträge beabsichtige; es stünde aber zu erwarten, daß die meisten Gewerkschaften dagegen protestieren würden; auch wir insbesondere müßten uns zu diesem ablehnend stellen, da es gewagt erscheine, unsere Mitglieder mit einem Mehr zu belasten.

Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung. H. H.

Gelsenkirchen. Sonntag den 10. Februar hielt die hiesige Zahlstelle ihre vierteljährliche Generalversammlung ab, wozu ziemlich alle Kollegen anwesend, sowie auf unsere Einladung Kollege Carst aus Essen erschienen war.

In Folge bevorstehender Abreise unseres Bevollmächtigten Kollegen Schardt war wieder einmal die Wahl eines Vorsitzenden nötig geworden. Da dieses Amt schon wiederholt zu Magregelungen geführt hat, so fand sich Niemand für diesen Posten und wurde Kollege Carst aus Essen vorgeschlagen; dieser erklärte jedoch, daß er vom Gauvorstand zum Vertrauensmann für Essen ernannt sei und daher könne er diesen Posten nicht gut verwalten, außerdem würde es umständlich sein, der Vorsitzende in Essen und der übrige Vorstand in Gelsenkirchen. Es soll nun eine Verschmelzung der Zahlstelle von Essen, da diese an Zahl ebenso stark ist wie in Gelsenkirchen, angestrebt werden und soll in einer Versammlung, die demnächst in Essen stattfinden soll, von den Mitgliedern beider Städte und vom Gauvorstand hierüber beschlossen werden.

Unter Punkt 2 nahmen wir Stellung zum Gautag, und wurde der Vorstand beauftragt, den Gauvorstand zu ersuchen, den Gautag in Düsseldorf abzuhalten, da Düsseldorf im Mittelpunkt der Zahlstellen des Gaus liegt und somit am besten zu erreichen ist. Ferner soll auf dem Gautag auf Wunsch mehrerer Kollegen beantragt werden, im Adressenverzeichnis auch das Verkehrslokal der Zahlstelle bekannt zu geben.

Nachdem noch verschiedenes erledigt war, erfolgte Schluß der Versammlung. Wilh. Meyer.

Charlottenburg. Unsere Generalversammlung fand am 17. d. M. mit folgender Tagesordnung statt: 1. Geschäfts- und Kassenbericht, sowie Jahresbericht, 2. Neuwahl des Gesamtvorstandes und der Delegierten zum Gewerkschaftskartell, 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Den Geschäftsbericht giebt Kollege Wesch wie folgt: Mitgliederbestand zu Anfang des letzten Quartals 18 männliche und 9 weibliche, durch Neuaufnahme hinzu 2 männliche Mitglieder; ausgetreten und abgereist je 1 weibliches Mitglied, somit Bestand am Schluß des Quartals 20 männliche und 7 weibliche Mitglieder. Versammlungen fanden statt 1 General- und 2 Mitgliederversammlungen, welche theilweise schwach besucht waren; die letzte mußte wegen zu schwachen Besuchs ausfallen.

Der Bericht des Kassiers lautet folgendermaßen: Kassenbestand zu Anfang des Quartals 50,19 Mk., Einnahmen 45,18 Mk., Ausgaben 45,05 Mk., bleibt Bestand am Schluß des Quartals 50,32 Mk. An die Verbandskasse nach Stuttgart nach Abzug des Darlehens und der Unkosten für Bestellung der Fragebogen 60,42 Mk.

Die Wahlen zum Vorstand ergaben folgendes Resultat: Erster Vorsitzender Kollege Diebel, zweiter Völer, Kassier Heusel, Schriftführer Hilbert, Revisoren Martini und Gutmann, Bibliothekar Ulbricht, Delegierte zum Gewerkschaftskartell Hubert und Wesch. Der letztere Punkt erledigte sich durch kleinere innere Angelegenheiten.

Steglich. Mehrere Verbandskollegen der Neuen Photographischen Gesellschaft beschäftigten sich schon seit längerer Zeit mit dem Gedanken, in Steglich eine Zahlstelle des Verbandes zu gründen. Nachdem sich diese Kollegen schon in kleineren Zusammenkünften darüber einig geworden waren, fand am Sonntag den 10. Fe-

bruar, Nachmittags 4 Uhr, eine öffentliche Buchbinder-
 versammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vor-
 trag des Kollegen Paul Schneider. 2. Wie stellen sich
 die Kollegen zur Gründung einer Zahlstelle des Deutschen
 Buchbinderverbandes? 3. Verschiedenes. An Stelle des
 nicht erschienenen Kollegen Paul Schneider hielt Kollege
 Bytomski aus Berlin einen Vortrag über „Nutzen und
 Zweck des Verbandes“, in dem er besonders darauf hin-
 wies, daß sich in den letzten Jahren die Lohn- und
 Arbeitsverhältnisse in unserem Gewerbe für die Gehilfen-
 schaft schon ganz enorm verbessert hätten; so zum Bei-
 spiel sei der Minimallohn für Gehilfen in Berlin inner-
 halb sechs Jahren von 18 auf 24,30 Mk. gestiegen,
 und das Alles hätten die Kollegen einzig und allein
 ihrer Organisation, dem Deutschen Buchbinderverband,
 zu verdanken. Am Schlusse seiner kurzen, aber sehr
 gut gehaltenen Rede appellirte er an die anwesenden
 Nichtorganisirten, sich dem Verband anzuschließen. In
 der Diskussion äußerte sich Kollege Max Hoffmann in
 ähnlichem Sinne.

Zum zweiten Punkte der Tagesordnung begründet
 Kollege Gerber, warum die Mehrzahl der Steglitzer
 Kollegen gewillt ist, eine eigene Zahlstelle zu gründen,
 und führte an, daß wir eigentlich schon nach unserem
 Verbandsstatut dazu verpflichtet sind, denn es seien schon
 circa 20 Mitglieder am Orte. Der Hauptgrund sei
 aber der, daß es den hier wohnenden Kollegen der Ent-
 fernung wegen beinahe unmöglich ist, in Berlin eine
 Versammlung zu besuchen, und dadurch komme mancher
 Kollege Jahre lang in keine Versammlung. Aber auch
 aus agitatorischen Gründen wäre es wünschenswert,
 wenn hier eine Zahlstelle gebildet werde. In Steglitz,
 sowie in anderen südwestlichen Vororten Berlins wohnen
 eine ganze Anzahl nichtorganisierter Kollegen und Kol-
 leginnen, die, wenn hier eine Zahlstelle bestände, leichter
 zu organisieren wären als von Berlin aus. Kollege
 Baer-Berlin will den Steglitzer Kollegen das Recht, eine
 Zahlstelle zu bilden, nicht absprechen, hält es aber für
 zwecklos, da die Kollegen fast ausschließlich in einem
 Geschäft beschäftigt sind und andere Werkstätten wenig
 in Betracht kommen. Ebenso äußert sich Kollege Max
 Hoffmann; derselbe empfiehlt der Versammlung, lieber
 einen Vertrauensmann für Steglitz zu wählen, wie es
 häufig an anderen Orten, wo keine Zahlstellen bestehen,
 geschieht. Nachdem noch Kollege Reich gegen und die
 Kollegen Schmitz, Mauci und Gerber für Gründung
 einer Zahlstelle gesprochen, wurde mit 15 Stimmen
 für und 4 gegen die Gründung einer Zahlstelle be-
 schlossen. Hierauf wurde zur Vorstandswahl geschritten
 und folgende Kollegen einstimmig gewählt: als Vor-
 sitzender Joseph, Kassier Hahn, Schriftführer Mauci.

Kollege Rötzig schloß hierauf die Versammlung mit
 einem dreifachen Hoch auf den Verband und die neue
 Zahlstelle Steglitz, in welches die Anwesenden begeistert
 mit einstimmten.

Nach der Versammlung wurde dann dem gemüth-
 lichen Theil Rechnung getragen, an den sich ein solennes
 Tanzvergnügen angeschlossen, welches die Anwesenden noch
 einige sibile Stunden zusammen hielt.

Do Wiffing.

Hannover. Am 9. Februar hielt die hiesige Zahl-
 stelle eine sehr gut besuchte Versammlung ab mit der
 Tagesordnung: 1. Agitation. 2. Gewerkschaftliches.
 3. Verschiedenes.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Ver-
 sammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Herr-
 mann in üblicher Weise.

Kollege Güth erläuterte die zu ergreifenden Maß-
 nahmen des Vorstandes betreffs Agitation. Er führt
 aus, daß durch weiteren Ausbau des Vertrauensmänner-
 systems, sowie durch öfteres Abhalten von Werkstätten-
 versammlungen unsere Sache bedeutend gefördert würde.
 Ganz besonders empfiehlt er eine regere Agitation unter
 den Arbeiterinnen. Kollege Goppert erklärt sich mit
 den Ausführungen einverstanden und bemerkt, daß bei
 genügender Ausdauer des Vorstandes ein guter Erfolg
 nicht ausbleiben würde. Sodann berichtet Kollege Güth
 über die Abrechnung des Arbeitersekretariats. Aus
 derselben geht hervor, daß selbiges Institut finanziell
 sicher gestellt ist, trotz Austritt von drei Gewerkschaften.
 Kollege Etudenbrock giebt hierauf den Bericht vom
 Gewerkschaftsartell. Hierauf schließt sich eine längere
 Diskussion über verschiedene gewerkschaftliche Angelegen-
 heiten.

Unter Verschiedenem werden die Mittel für einen
 zweiten Bibliotheksraum bewilligt. Hierauf wird noch
 die Neuwahl des Vergütungsausschusses vorgenommen
 und werden hierzu die Kollegen Fleckstein, Erle und
 Lehmann gewählt. Gattermann.

Gingelant.

In Düsseldorf ist es durch das höchst sonderbare
 Verhalten des Prinzipals zu Differenzen, die beinahe
 in Thätlichkeiten ausgeartet wären, zwischen ihm und
 dem Personal gekommen.

In der Etuisfabrik von F. Köhler sind 4 Etuis-
 arbeiter und 3 Schreiner beschäftigt. Die Etuisarbeiter
 und 1 Schreiner sind Verbandsmitglieder. Eines Tages,
 in der Mittagspause, wurde dem Schreiner von einem
 Etuisarbeiter unser Verbandsorgan, die „Buchbinder-
 Zeitung“, überreicht, welche Frevelthat dem sehr ge-
 strengten Herrn Chef Veranlassung zu der Frage gab:
 „So, sind Sie auch im Verband?“ Auf die bejahnende
 Antwort von Seiten des Arbeiters erfolgte die Kün-
 digung von Seiten des Prinzipals. Andern Tages
 wurde einer der Etuisarbeiter dieserhalb bei Herrn Köhler
 vorstellig, was zur Folge hatte, daß dieser kurz darauf
 die Arbeit, und somit auch die gaslichen Räume des
 Herrn Köhler verließ. Nach dessen Fortgang erschien
 der Chef in der Werkstube und machte dem bereits ge-
 kündigten Schreiner Vorhaltungen, daß er ihn beim
 Antritt der Arbeit belogen habe, indem er die Frage,
 ob er irgend einem Verbandsangehörigen, verneint habe.
 Der betreffende Schreiner bestritt dies entschieden, wor-
 auf es zu so lebhaften gegenseitigen Ausinndersetzungen
 kam, daß der exzentrische Herr Köhler sich in kampfs-
 und schlaglustige Position stellte. Da der Schreiner
 nunmehr aber ebenfalls nicht faul war und sich an-
 schickte, die „handgreifliche“ Behandlungsweise des Herrn
 K. eventuell erwidern zu wollen, nahm der sehr ge-
 strengte Herr Chef von seinem Vorhaben Abstand.

Die Angelegenheit hatte als Nachspiel, daß nach
 einer vorausgegangenen Werkstättenversammlung die an-
 deren Arbeiter ihre Kündigung einreichten.

An den Kollegen wird es nun liegen, dem „schlag-
 fertigen“ Herrn durch Entziehung von Arbeitskräften zu
 zwingen, sich besserer Umgangsformen mit seinem Per-
 sonal zu befleißigen, und dem Herrn zu bezeugen, daß
 er sich nicht in die rein privaten Verhältnisse der bei
 ihm beschäftigten Arbeiter einzumischen habe, indem er
 diesen die Zugehörigkeit zum Verband verbieten möchte.
 Etwaige Engagements lasse man daher
 unberücksichtigt.

Rundschau.

* Die Lage des Arbeitsmarktes. Im Monat
 Januar hat die Arbeitslosigkeit einen Stand erreicht,
 wie er in der ganzen Zeit der niedergehenden Konjunktur
 noch nicht dagewesen war. An den deutschen Arbeits-
 nachweisen, soweit sie an die Berichterstattung der von
 Dr. Jastrow herausgegebenen Halbmonatsschrift „Der
 Arbeitsmarkt“ angeschlossen sind, drängten sich um 100
 offene Stellen durchschnittlich 165,8 Arbeitssuchende (gegen
 126,2 im Januar vorigen Jahres); während im ersten
 Monat des Vorjahres die Zahl der Beschäftigten in den
 Krankenkassen noch um 2,7 Prozent zunahm, ist sie
 diesmal um 1,5 Prozent zurückgegangen. Zu der Steige-
 rung der Arbeitslosigkeit haben die außerordentliche Ge-
 schäftsstille und die Unsicherheit auf dem Eisenmarkt am
 meisten beigetragen. Die Leblosgkeit des Geschäfts kommt
 in der Thatsache zum Ausdruck, daß in einem industriell
 so entwickelten Bezirk wie Duisburg der Güterzugsdienst
 schon ganz erheblich eingeschränkt worden muß. — Trotz
 der hochgradigen Ueberproduktion in der Zementindustrie
 werden noch immer neue Betriebe ins Leben gerufen.
 Daß diese mit ungemainen Schwierigkeiten gleich zu
 Beginn ihrer Thätigkeit zu kämpfen haben, ist in der
 gegenwärtigen Zeit, wo die alten Betriebe um ihre Kund-
 schaft zu kämpfen haben, nicht verwunderlich. Manche
 der neuen Betriebe gehen daher auch schon wieder ein,
 zum Theil noch ehe sie ihre Thätigkeit aufgenommen
 haben. So hat die Portland-Zementfabrik Pahlshöhe
 den Beschluß fassen müssen, ihren Betrieb einzustellen,
 und die Portland-Zementfabrik Gravenstein in Nord-
 schleswig ist noch vor ihrem Inbetriebtreten verkracht.
 Die Krise in der Zementindustrie beschränkt sich nicht
 nur auf Deutschland, sie erstreckt sich auch auf Oester-
 reich-Ungarn und die Schweiz. In letztgenanntem Lande
 ist es gelungen, ein Kartell zu Stande zu bringen, dessen
 Zweck ist, die gegenseitige Konkurrenz zu beseitigen. Nach
 Zeitungsmeldungen soll gleichzeitig zwischen den schweizer-
 rischen und süddeutschen Fabriken eine Verständigung
 dahin getroffen sein, den Export in die gegenseitigen
 Absatzgebiete zu unterlassen. Der schweizerische Export
 nach Deutschland ist größer als der deutsche nach der
 Schweiz und betrug sich 1899 auf 976 000 Frcs.
 — Der Verein deutscher Spiegelglasfabriken in Köln

empfiehlt unter Hinweis auf die mißliche Lage der
 Spiegelglas-Industrie dringend eine ansehnliche Pro-
 duktionsbeschränkung. Durch die Aufstörung des nur
 für ein Jahr abgelaufenen internationalen und des
 belgischen Spiegelglas-Synbittats seien ohnehin recht
 niedrige Verkaufspreise zu erwarten, und angesichts der
 technischen Verbesserungen und der Inbetriebsetzung der
 großen Fabrik in Porz-Ilrbach bei Köln werde die deutsche
 Industrie nicht mehr als bisher auf die Ausfuhr an-
 gewiesen. Deutschland habe in den besten Jahren nie
 mehr als 650 000 Quadratmeter verbraucht, während
 seine Fabriken auf die zwieinhalffache Fläche angewiesen
 seien. — Die Produktion der Hochöfen wurde noch bis
 in dieses Jahr hinein ziemlich schlant von den Ab-
 nehmern aufgenommen. Nunmehr ist auch hierin ein
 Wandel eingetreten. Der Bedarf der Walzwerke bleibt
 weit hinter den Ankäufen zurück, in Folge dessen erfolgt
 die Abnahme nur langsam. Seit Mitte Januar sammeln
 sich daher Vorräthe auf den Hütten an, und immer
 näher rückt der Zeitpunkt, wo auch die Roheisenindustrie
 mit einer Einschränkung der Produktion einer Ueber-
 erzeugung vorbeugen muß. Schon jetzt verlautet, daß
 ein westfälischer Betrieb binnen Kurzem einen Hochofen
 niederlassen werde. Eine Einschränkung der Erzeugung
 an den Hochöfen würde etwa 35 000 Arbeiter, die sich
 auf circa 270 im Betrieb befindliche Hochöfen verteilen,
 treffen. — So lange die hohen Preise für Kohle, Koks
 und Roheisen aufrecht erhalten werden, ist an eine
 Besserung der Situation nicht zu denken. Nachdem der
 Halbzeugverband seinerseits mit Preisnachlässen voran-
 gegangen ist, wird die Preisherabsetzung von Roheisen
 immer dringender gefordert. Bis jetzt verhält sich
 das Roheisen-Synbittat noch ablehnend. In den Ver-
 braucherkreisen verlangt man eine Ermäßigung bis auf
 70 Mark pro Tonne, wozu sich das Synbittat wohl
 kaum entschließen dürfte. Das Mißverhältnis zwischen
 Rohstoff- und Fabrikatpreisen führt in der Metall- und
 Maschinenindustrie zu Verlusten, die kleinere Betriebe
 nicht zu überwinden vermögen. Die Eisenwalzwerke
 L. Mannstädt & Komp., Aktiengesellschaft, haben zum
 Beispiel für die zweite Hälfte des Jahres 1900 einen
 ungünstigen Abschluß zu verzeichnen, da sie ihren Jahres-
 bedarf an Halbzeug im Juli zu den damaligen hohen
 Preisen eingedekt hatte. Auf welcher Preisgrundlage
 sich das künftige Geschäft entwickeln wird, und welche
 Verluste dem Unternehmen noch erwachsen werden, läßt
 sich vorläufig noch nicht absehen. Von der Entwicklung
 des Eisenmarktes hängt nach dem Urtheil der genannten
 Zeitschrift die weitere Gestaltung der Krise auf dem
 Arbeitsmarkt im Wesentlichen ab. — Vom Arbeitsmarkt
 werden Betriebseinschränkungen, Entlassungen und Lohn-
 reduktionen gemeldet. Auf der Katharinenhütte, die zur
 Aktiengesellschaft Vereinigte Königs- und Laurahütte ge-
 hört, sind die Aufträge schon so zurückgegangen, daß
 wöchentlich nur noch vier Schichten gearbeitet wird. Auf
 der Dortmunder Union tritt am 15. Februar eine Lohn-
 liste in Kraft, nach welcher die Löhne der Arbeiter in
 den verschiedenen Betrieben neu geregelt werden. Die
 Löhne stellen sich gegen die bisherigen um 10—25 Proz.
 niedriger. Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ fügt
 dieser Meldung hinzu, daß wahrcheinlich andere Werke
 dem Beispiel der Union in Kürze folgen und die ge-
 botene Gelegenheit ausnützen würden. Günstig liegen
 die Beschäftigungsverhältnisse nur noch in Ausnahme-
 fällen, wenn z. B. eine dringende Bestellung zu erledigen
 ist. So hat die Direktion der Königin-Marienhütte
 in Cainsdorf den Arbeitern der Brückenbauabtheilung
 durch Anschluß bekannt geben können, daß Bestellungen
 auf ca. 24 000 Tonnen Brückeneisen eingegangen seien.
 Die Arbeiter werden aufgefordert, pünktlich zur Arbeit
 zu erscheinen. In der Elektrizitätsindustrie kommt der
 Rückgang in der starken Betriebseinschränkung der Aro-
 schen Elektrizitätsfabrik in Schweidnitz zum scharfen
 Ausdruck. Seit 5. Februar wird statt 10 Stunden
 nur noch 6 1/2 bis auf Weiteres gearbeitet. Die Zahl
 der beschäftigten Personen beträgt 300. — Die ver-
 zweifelte Lage des Inlandmarktes wird durch die trübten
 Ausichten des Exports noch verschärft. Mit Ausnahme
 der Vereinigten Staaten liegt das Eisengeschäft überall
 darnieder. Rußland geht geradezu darauf aus, die Ein-
 fuhr, besonders aus Deutschland, möglichst zu erschweren.
 Auf der Konferenz der russischen Eisenindustriellen in
 Petersburg erklärten sich die Vertreter bereit, die russische
 Eisenindustrie, insofern es sich nur um die Aufrechterhal-
 tung des bisherigen Betriebs und nicht um Erzielung
 höherer Gewinne handelt, durch Ertheilung größerer Auf-
 träge zu unterstützen. Die Konferenz ersuchte die Regierung,
 im Ausland keine Bestellungen zu machen und forderte die
 Eisenbahnverwaltung auf, die Frachten in der Richtung

von den Häfen nach dem Innern Russlands zu erhöhen, dagegen in umgekehrter Richtung zu ermäßigen. Außerdem soll die Reichsbank den Establishments Vorstüsse auf Lager- und Frachtwerte, sowie auf Lieferungsbescheinigungen für die Regierung in ausgedehnterem Maße als bisher gewähren. Die russischen Eisenindustriellen sind diesen Beschläüssen nach selbst gesonnen, ihrerseits den Export aufzunehmen, jedenfalls aber dem Ausland den Zugang zu erschweren.

Fragekasten.

Welche Kartonfabriken liefern den besten echten Spielkartenkarton? Derselbe muß zweimal kaschirt und den anderen im Umlauf befindlichen Spielkarten gleichbedeutend sein.

Antwort

auf die in Nr. 5 gestellte Frage.

Um Abziehbilder auf Glas zu übertragen, reinigt man den Glasgegenstand sorgfältig, überzieht denselben schwach mit in Terpentin oder Leinöl aufgelöstem Kopalat, läßt den Lack verdunsten, bis die Oberfläche stark klebrig ist, und drückt das Bild fest und glatt an, am besten mit einer Gummiwalze. Mit einem nassen Schwamm wird hierauf die Rückseite des Bildes so lange befeuchtet, bis das Papier ganz vom Wasser durchdrungen ist; dann hebt man behutsam eine Ecke in die Höhe, um zu sehen, ob sich das Bild vollständig vom Papier getrennt hat. Ist alles gut abgezogen, so spritzt man in einem feinen Regen Wasser auf den Gegenstand, um das Gummi ganz zu beseitigen, jedoch nicht heiß, und überzieht schließlich das Bild vorsichtig mit Kopalat. (Diamant.)

Literarisches.

Für Gewerkschaften, Vereine und die Arbeiter überhaupt hat die Buchhandlung Vorwärts, Berlin, soeben eine Sammlung: **Willige Führer durch die Arbeiterversicherungsgesetze** erscheinen lassen, und zwar je einen Führer durch das a) Invaliden-, b) Gewerbeunfall-, c) Bauunfall- und d) Fort- und Landwirtschafsumfalls-Versicherungsgesetz. Jedes Heft kostet 25 Pf., enthält ausführliches Sachregister, Musterformulare, und empfiehlt sich den Arbeitern um deswillen, weil der ganze Inhalt des Gesetzes nicht paragrafenweise hergeleitet, sondern nach der Materie populär zusammengefaßt ist, so daß der Arbeiter sofort sich Rath holen kann. Bei der finanziellen Wichtigkeit dieser Gesetzesmaterie ist eine genaue Kenntnis der Rechte und Pflichten für jeden Arbeiter unerlässlich.

Jean Jaures und Jules Guesde, Zum Bruderschwitz in Frankreich. Zwei Reden über die Taktik der Sozialdemokratie, gehalten zu Lille am 27. November 1900. Uebersetzt von Dr. Albert Südekum. Verlag der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ in Dresden. 32 Seiten 8°. Preis 30 Pf.

Im Verlag von J. S. W. Dieß' Nachf., Stuttgart, ist soeben zur Ausgabe gelangt Heft 10 und 11 des reichhaltigen Werkes **Das hungerrnde Rußland**. Reiseindrücke, Beobachtungen und Untersuchungen von Dr. L. Lehmann und Parvus.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Von Samara bis Simbirsk auf der Wolga. — Das Dorf Archangelskoje. — Simbirsk. — Statistik der Hungersnoth 1898. — Die Gelegentlichkeit der russischen Wägenarten. — Die gesundheitlichen Verhältnisse im Hungergebiet. — Außerdem enthält Heft 11 eine Karte der Hungersnothgebiete von 1898 im europäischen Rußland.

Im Verlag von J. S. W. Dieß' Nachf., Stuttgart, ist soeben erschienen Heft 17 und 18 des Lieferungsverkes: **Gesundheitslehre im Staat, Gemeinde und Familie**, herausgegeben unter Mitwirkung von Ärzten und Fachgelehrten von Emanuel Wurm.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Wohnungsfrage. — Die Ernährungs- und Verdauungsorgane. — Die Verdauung und ihre Pflege. — Zahn-, Mund- und Rachenkrankheiten. — Magen- und Darmkrankheiten. — Nahrungsmittel- und Leberkrankheiten. — Stoffwechselförderung. — Die Harnorgane.

„**In freien Stunden**“, Illustrirte Romanbibliothek für das arbeitende Volk, in Wochenheften à 10 Pf. Die Lieferungen 2 bis 6 enthalten die Fortsetzung des Romans „Dombey und Sohn“ von Charles Dickens und „Ganna“, Roman von S. Sinikewicz. Die Illustrationen zu Dombey sind ganz dem Charakter des Romans angemessen und spiegeln mit verständnisvoller Treue das englische Leben aus der Mitte des Jahrhunderts wieder. Das jetzt dem Lesze beigelegte kleine Feuilleton enthält Skizzen, Novellen und kleine Notizen unter „Dies und Jenes“ und „Witz und Scherz“.

Briefkasten.

In nächster Nummer erscheint das Adressenverzeichnis. Fr. L. in B. Bei Einwendungen an uns müßten Sie schon mit Ihrem vollen Namen ranschriften. Wir möchten Ihnen aber trotzdem raten, von einer Veröffentlichung vorläufig abzusehen. Die Sache ist entschieden wirkungsvoller, wenn wir die später stattfindende gerichtliche Verhandlung bringen. Sollten Sie selbst nicht in der Lage

sein, einen Bericht darüber uns zugehen lassen zu können, so wenden Sie sich nur, bitte, an die Ortsverwaltung in Berlin, die wird sicher dafür Sorge tragen.

D. W. in St. Der Bericht gelangte am Mittwoch Nachmittag in unsere Hände, also zu einer Zeit, wo die Zeitung sich schon im Druck befindet.

R. R. in C. Als Feuilleton verwenden zu können, dazu fehlt doch noch an der Form.

Abänderungen im Adressenverzeichnis.

Adressen der örtlichen Bevollmächtigten.

Konstanz: E. Kniefel, Quellingstraße 3 II.
Offenbach a. M.: E. Kaulick, Ziegelstraße 13 II.

Abänderung im Verzeichnis der Reise-Unterstützungs-Auszähler.

Bielefeld. Z. Wilhelm Bongarh, Brüderstraße 15; von Morgens 8 bis 7 Uhr Abends. Sonntags von 12—1 Uhr bei R. Fischer, Bürgerweg 75 I. (Auch lokale Unterstützung.) Ml. 16 Mf. Az. 9/2 und 10 St.

An die Zahlstellen des X. Gaues!

Nach der in letzter Nummer erfolgten Bekanntmachung des X. Gaues, betreffs Abhaltung des Gaus-tages am 17. März, machen wir die Zahlstellen des betreffenden Gaues nochmals darauf aufmerksam, uns frühzeitig mitzutheilen, mit welchem Zug die Delegirten hier eintreffen, ebenso die Bestellung für das Mittagessen rechtzeitig an uns ergehen zu lassen. Anmeldungen sind zu richten an Kollege

Jos. Hauswald,
Düsseldorf-Flingern, Birkenstraße 5 III.

Anzeigen.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Mittwoch den 27. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15

Mitglieder-Versammlung.

97) Tagesordnung: [5.40]

1. Vortrag des Inaenieurs Herrn Grempe über: „Schwebebahnen und andere moderne Verkehrsmittel.“
2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen ersucht

Die Ortsverwaltung.

18) In der Restauration von Wahlisdorf, Barnimstraße 13, befindet sich eine Zahlstelle, wo jeden Sonntag Vormittag von 10—12 Uhr Beiträge, sowie Aufnahmen entgegengenommen werden.

Sonnabend den 23. März

Feier des XIV. Stiftungsfestes

in Kellers Festsälen, Koppnstr. 29

— Großes —

Vokal- und Instrumental-Konzert

ausgeführt vom Neuen Berliner Konzert-Orchester. Dirigent: Herr Rud. Fies.

Festrede,

gehalten vom Reichstagsabgeordneten W. Feine.

Rezitationen:

Oberregisseur Herr Friedrich Moeft. Aufführung von zwei lebenden Bildern.

Nach dem Konzert:

Grosser Ball in beiden Sälen.

Herrn, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Billet 25 Pf. Anfang 8 1/2 Uhr.

Billets sind von heute ab in sämtlichen Zahlstellen, bei den Werkstübenertrauenspersonen, sowie im Bureau, Engel-Ufer 15, zu haben.

Um regen Vertrieb der Billets ersucht

Die Ortsverwaltung.

Nachruf!
Unter starker Betheiligung der Stuttgarter Kollegenchaft wurde am Sonntag den 10. Januar unser Kollege [2.00]
Gustav Rothe aus Rendnik
in Neckarrens beerdigt. Wir verlieren in demselben ein seit vielen Jahren treues Mitglied des Deutschen Buchbinderverbandes und einen ruhigen, aufrichtigen Freund und Geschäftskollegen.
Ehre seinem Andenten!
Das Personal der Buchbinderei der Union 99] in Stuttgart.

Unserem lieben Freund „August“ einen [0.60]
„Herzlichen Scheidegruß.“
98] Die Kollegen der Künstlerbude Stuttgart.

Kollege S. Strahn

aus Waldkirch (Baden), Buchnummer 21762, wird ersucht, seine Adresse an unterfertigte Zahlstelle einzusenden, ebenso werden alle Kollegen gebeten, welche über den Aufenthalt des Genannten Aufschluß geben können, die Unterzeichnete davon zu benachrichtigen. [0.90]
100] **Zahlstelle Gmünd (Schwäb.).**

Tüchtiger Kartonnagenarbeiter,
der im Mustermachen, sowie in sämtlichen vorkommenden Arbeiten bewandert ist und selbständig arbeiten kann, wird zum sofortigen Eintritt gesucht. [1.60]
101] Offerten mit Gehaltsansprüchen erbeten unter Chiffre S. N. 1114 an die Expedition dieses Blattes.

Ich suche noch einen tüchtigen [1.80]
Schrägschnittmacher
geübt in Gold- und Zierschnitt dauernd gegen hohen Lohn.
102] **Jean Venhern,**
Düsseldorf a. Rhein.

Leipzig. Restaurant & Gutenberg,
Johannisstraße 19/21.
Empfehle meine neuerbauten Lokalküchen mit Saal- und Gesellschaftszimmer werthen Vereinen und Gesellschaften zur gefälligen Benutzung. [2.00]
Speisen und Getränke in bekannter Güte.
103] **J. Rohm.**

Kollegen zum Mitbewohnen eines sauberen und freundlich möblirten Zimmers sucht [0.50]
104] **L. v. Bezorowski**
Berlin, Großbeerenstraße 19.

Der neue
Lohntarif
für Buchbinder-Arbeiten (Minimaltarif)

wird an Verbandsmitglieber zum Preise von 75 Pf. (einschließlich Porto und Verpackungskosten) abgegeben. Preis für Nichtmitglieber 2 Ml.
Die Sonderausgabe für Arbeiterinnen ist zum Preise von 30 Pf. für Verbandsmitglieber und 50 Pf. für Nichtmitglieber zu haben bei **Wag Walter, Leipzig-Anger,** Weissenburgstr. 18 II, im **Verbandsbureau, Stuttgart,** Sophienstraße 10, und bei **Alb. Bergmann, Berlin,** Bureau, Engel-Ufer 15. Dasselbst wird auch der Berliner Mädchentarif abgegeben.

Warnung.

Buchbinder (Vorarbeiter etc.), Kartonnarbeiter (Zuschneider) werden vor Stellungnahme bei der Firma **Josef Krieger, Paul Salomons** Nachfolger, gewarnt, da Differenzen eingetreten sind, und werden auf Stellung reflektirende Kollegen an die hiesige Zahlstelle verwiesen. **Zahlstelle Gmünd (Schwäb.).**